

Sand im Getriebe 68

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

pdf-Version unter <http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/> html-Version unter <http://sandimgetriebe.attac.at>,
mail an die Redaktion: sig@attac.de



China – Quo vadis?

Die Olympiade 2008 ist vorbei, die Eindrücke bleiben. Aus China selbst vernimmt man den Ruf „Yes, we can!“ Im „Westen“ führten die einen das alte Spiel „China Bashing“ auf, als Vorspiel zu einem drohenden Handelskrieg. Für andere war es eine Gelegenheit mehr über China, seine Geschichte und seine Probleme zu erfahren.

Für die globalisierungskritische Bewegung ist es eine Gelegenheit, die neue Rolle Chinas in der Welt zu analysieren und die Auswirkungen von Chinas Aufstieg auf den Widerstand gegen Neoliberalismus und Imperialismus zu verstehen. Die Meinungen zu diesem „gewaltigsten Sozialexperiments der Gesellschaftsgeschichte“ (Oskar Negt) liegen allerdings weit auseinander:

So bezweifelt **Peter Wahl**, dass China neoliberal regiert wird. „Die Erfolge in China und anderen Regionen haben mit dem Neoliberalismus, mit wahlloser Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung nichts zu tun... China und auch Indien praktizieren eine spezielle Variante des Kapitalismus, ein Modell mit viel staatlicher Lenkung.“

China		
Giovanni Arrighi	Soziale Ursprünge des chinesischen Aufstiegs	3
Cheng Enfu	Grundlegende Merkmale der sozialistischen Marktwirtschaft	7
Bingyan Li	China unter dem Einfluss des Neoliberalismus	9
Walden Bello	Hochgeschwindigkeitsindustrialisierung, die Partei und die Landbevölkerung in China	10
Christa Wichterich	Die Wiedererfindung von Geschlechterungleichheiten im roten Neoliberalismus	13
WSF Strategie-Debatte		
Peter Wahl	Neoliberalismus oder Kapitalismus	19
IR des WSF	Debatte über Strategie und die Zukunft des WSF	20
Eric Toussaint, CADTM	Von den Widerständen zu den Alternativen: ein geschichtlicher Blick auf die Bewegung für eine andere Welt	21
Globalisierung und Krieg		
Komitee für Grundrechte u. Demokratie	Georgien - Alternativen zur Gewalteskalation	27
Tobias Pflüger	Rede zum Kaukasus-Krieg, 1.9.2008	28
Lühr Henken	Was will die NATO in Georgien und in Afghanistan?	29
Mouvement de la Paix	Afghanistan: ein tödliches Versanden	32
Ver.di und IG Metall	Beschlüsse gegen Truppen im Ausland	32
Gemeinsame Erklärung der Nationalen Friedens-Jirga Afghanistans und der Kooperation für den Frieden (Deutschland)		33
Zur Forderung nach Abzug der Truppen		34
Jürgen Todenhöfer	Wie gerecht muss ein Weltgericht sein?	35
Dem Frieden eine Chance, Truppen raus aus Afghanistan 20.9.2008 Demonstrationen in Berlin und Stuttgart		36
Aufruf zu Massenblockaden gegen den RassistInnenkongress in Köln, 20.9.		36

Das unterscheidet sich sehr vom neoliberalen Glauben, der Markt würde alles richten.

Die Öffnung zum Weltmarkt findet nur selektiv und planvoll statt.“

Walden Bello untersucht die Lage der Bauern in China und kritisiert Chinas Strategie der Hochgeschwindigkeitsindustrialisierung. **Christa Wichterich** beklagt, dass sich die Integration in den Weltmarkt „zu einem Bruch mit der sozialistischen Politik der Geschlechtergleichstellung vermittelt“ hat.

Eric Toussaint hebt hervor: „In diesem Land finden zurzeit äußerst wichtige soziale Kämpfe statt.

Sie erinnern gewissermaßen an das Ende des XIX. und den Anfang des XX. Jahrhunderts.

Angesichts eines entfesselten Kapitalismus tauchen bei den Arbeitern oder in den Städten Widerstandsformen auf, die auf das vor einem Jahrhundert in europäischen und amerikanischen Ländern schon da Gewesene hinweisen.“

Bemerkenswert ist, dass es in China seit Jahren nicht nur massenhafte soziale Kämpfe in Stadt und Land gibt, sondern auch – mit der Entstehung einer Neuen Linken – heftige ideologische Auseinandersetzungen über den Kurs des Landes.

So beklagt **Bingyaan Li** (Peking) die Polarisierung der Einkommensverhältnisse und „den dramatischen Abstieg der chinesischen Arbeiterklasse von der herrschenden Klasse und dem Status des Hausherrn zum Tiefstpunkt der Pyramide.“ **Cheng Enfu** von der Pekinger Akademie für Sozialwissenschaften warnt vor einer Öffnung des Landes in Demuthaltung und Marktverehrung: „Es ist lächerlich, sich vom Markt betören zu lassen, die Planung aufzugeben und als verbotene Zone zu betrachten. Wir sollten den Markt respektieren, aber nicht süchtig nach ihm sein.“

Giovanni Arrighi, der die „Sozialen Ursprünge des chinesischen Aufstiegs“ untersucht, beobachtet schon eine Wende in China: „Wie in Kapitel 1 festgestellt, hat dieser steile Anstieg sozialer Unruhen die Führung der KPCh vor eine vollkommen neue Herausforderung gestellt und sie veranlasst, ihre Rhetorik und politische Linie zu verändern, um eine ausgewogenere Entwicklung zwischen ländlichen und städtischen Gegenden, zwischen einzelnen Regionen und zwischen der Wirtschaft und der Gesellschaft anzustreben und in jüngster Zeit dazu, ein neues Arbeitsrecht einzuführen, das die Rechte der Arbeiter ausweiten soll. Ob die Veränderung die sozialistische Tradition tatsächlich retten und die Entwicklung in eine egalitäre Richtung umlenken wird, ist bislang noch reine Spekulation“.

Theodor Bergmann analysiert in den „Marxistische Blättern“ die vielen inneren Widersprüche des Landes und schließt dennoch mit historischem Optimismus: „Der Fortbestand des sozialistischen Großversuchs VR China bildet ein Gegengewicht gegen die weltpolitische Dominanz der kapitalistischen Führungsmächte. Der Fortbestand liegt daher im Interesse der sozialistischen Bewegung insgesamt. Schönfärberei schadet dem Verständnis... Das Verhältnis zum kommunistischen China sollte das einer **kritischen Solidarität** sein.“

Auch in der gegenwärtigen großen **Strategiedebatte des Weltsozialforums**, die wir von diesem Heft an dokumentieren, weisen zahlreiche Autoren auf die Bedeutung Chinas für die neu entstandenen *Spielräume* der Länder des globalen Südens und damit auch für die globalen sozialen Bewegungen hin. Diese Spielräume sind im Kontext einer „Fortführung der neoliberalen und imperialistischen Offensive des Kapitalismus“ (**Toussaint**) zu sehen, die zwar durch allerlei Krisen geschwächt, aber nicht gebrochen ist. Demgegenüber entwickelt sich – wenn auch noch sehr schwach – seit den 90er Jahren „historische Gegenkräfte“, *Widerstände überall*“, die sich dagegen richten, „alle menschlichen Bezüge in Waren zu verwandeln“ – dazu gehören die sozialen Bewegungen, gebündelt im WSF-Prozess, aber auch andere Akteure des Wandels wie Venezuela, Bolivien, Ecuador. „Eine... Konjunktion der fortschrittlichen Kräfte der Alten Welt mit denen der Neuen Welt könnte wirklich zu einer geschichtlichen Wende führen. Nun ist aber nichts gesichert. Umso notwendiger, dass jeder von uns am emanzipatorischen Kampf einnimmt

Sind die Kriege in **Afghanistan** und die geplante Ausdehnung der NATO (**Georgien**) Teil einer Vorwärtsstrategie, in der die NATO als expansives, aggressives Militärbündnis den schwankenden Einfluss der USA krieglerisch absichern will? **Lühr Henken** bejaht diese Frage: „Hier findet kalkulierte **Geopolitik** statt. Georgien ist zwar arm an Rohstoffen, aber die Geographie des Landes macht es zu einem **Korridor** für den Öl- und Gasreichtum der kaspischen Region.“

Die globalisierungskritische Bewegung hat allen Grund, die Tradition der großen Demonstrationen gegen den Irakkrieg 2003 wieder aufzunehmen und den aktuellen und drohenden Kriegen durch eine Verstärkung des antimilitaristischen Engagements und der Kritik an der Islamophobie – s. u.a. die Hetze der Neonazis – zu begegnen.

Neben dem Aufruf: **Dem Frieden eine Chance, Truppen raus aus Afghanistan** dokumentieren wir mehrere Stimmen für einen Truppenabzug, u.a. die „Gemeinsame Erklärung der Nationalen Friedens-Jirga Afghanistans und der Kooperation für den Frieden (Deutschland)“

Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!

*Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis Bezugsbedingungen: – Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:
1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.
Bestellen per Mail an sig-abo@gmx.de*

Die Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) – Barbara Waschmann (Attac Österreich) – Florence Proton (Attac Schweiz)

Soziale Ursprünge des chinesischen Aufstiegs

Auszug aus dem viel diskutierten Buch „Adam Smith in Peking“, VSA-Verlag

Die enge Übereinstimmung zwischen der gegenwärtigen Umgestaltung der politischen Ökonomie Chinas und Smiths Konzeption von marktorientierter Entwicklung heißt nicht, dass **Dengs Reformen** in irgendeiner Weise von Smiths Texten inspiriert gewesen wären. Wie bereits bemerkt, nahmen die Praktiken des Beamten Chen Hongmou im 18. Jahrhundert das vorweg, was Smith später in «Der Wohlstand der Nationen» theoretisch erörterte. Diese Praktiken entstammten nicht der Theorie, sondern einer pragmatischen, von chinesischen Traditionen inspirierten Herangehensweise an Probleme der Staatsführung im China der Mitte der Qing-Dynastie. Ob Deng jemals Smiths Texte las oder nicht, seine Reformen leiteten sich aus einer ähnlich pragmatischen Herangehensweise an Probleme der Staatsführung im China nach Mao her.

So hat **Wang Hui** von der Tsinghua Universität kürzlich die Ursprünge der Reformen zurückgeführt auf eine – innerhalb und außerhalb der KPCh weithin gutgeheißene – Reaktion auf die »*internen Unstimmigkeiten und den chaotischen Charakter der Politik während der letzten Jahre der Kulturrevolution*«. Während sie die Kulturrevolution vollkommen ablehnte, wies die KPCh dennoch »*weder die Chinesische Revolution oder sozialistische Werte noch die Zusammenfassung von Mao Zedongs Gedankengut zurück*.«

Zwei Auswirkungen ergaben sich daraus.

»*Erstens hat die sozialistische Tradition bis zu einem gewissen Grad als interne Beschränkung staatlicher Reformen gewirkt. Jedes Mal, wenn das System der Staatspartei die politische Linie entscheidend veränderte, musste dies im Dialog mit dieser Tradition durchgeführt werden* (...) Zweitens gab die sozialistische Tradition Arbeitern, Bauern und anderen gesellschaftlichen Kollektiven legitime Mittel an die Hand, gegen die korrupten oder inegalitären Methoden der Marktorientierung zu kämpfen oder über sie zu verhandeln. So eröffnet eine Reaktivierung von Chinas Vermächtnis innerhalb des historischen Prozesses der Überwindung der Kulturrevolution auch eine Möglichkeit zur Entwicklung künftiger Politik.«(1)

Was die **Beziehungen zwischen den Reformen und Chinas sozialistischer Tradition angeht**, gibt es mindestens zwei gute Gründe dafür, dass die KPCh unter Deng die Kulturrevolution, aber nicht die durch die Chinesische Revolution begründete Tradition ablehnte. Erstens vollendeten die internen Unstimmigkeiten und das politische Chaos der späteren Jahre der Kulturrevolution die Errungenschaften der Chinesischen Revolution, drohten diese aber gleichzeitig zunichte zu machen. Und zweitens verschonte der Ansturm der Kulturrevolution die KPCh nicht, statt dessen unterminierte er die Basis der Macht und Privilegien ihrer Kader und Funktionäre im Verwaltungsapparat. So hatten Dengs Reformen einen doppelten Reiz: für Parteikader und Funktionäre als Mittel zur Wiederherstellung ihrer Macht und Privilegien auf neuer Grundlage, und für die Gesellschaft im Allgemeinen als Mittel zur Konsolidierung der Errungenschaften der Chinesischen Revolution, die die Kulturrevolution gefährdet hatte.

Was den ersten Anreiz betrifft, so schufen die Reformen unzählige Gelegenheiten zur Neuausrichtung unternehmerischer Energien von der politischen in die wirtschaftliche Sphäre, die Parteikader und -funktionäre eifrig beim Schopf packten, um sich im Bündnis mit Regierungsbeamten und Managern von Staatsunternehmen – häufig selbst einflussreiche Parteimitglieder – zu bereichern und Macht zu erlangen. Dabei wurden mit diversen Formen der Akkumulation durch Enteignung, etwa der Aneignung öffentlichen Besitzes, der Veruntreuung staatlicher Gelder und dem Verkauf von Landnutzungsrechten, der Grundstock riesiger Vermögen gelegt (2). Unklar ist jedoch, ob Bereicherung und Machterwerb dieser Art zur Herausbildung einer kapitalistischen Klasse geführt haben und, noch wichtiger, ob eine solche Klasse, wenn sie denn entstanden ist, die Kontrolle über die Kommandohöhen der chinesischen Wirtschaft und Gesellschaft übernehmen konnte. Unter Jiang Zemin (1989–2002) schien eine positive Antwort auf beide Fragen nahezuliegen. Aber unter Hu Jintao und Wen Jiabao – wenn die Zeitspanne zur Beurteilung ihrer Orientierung auch kürzer ist – kommt es anscheinend zu einer Umkehr, durch die eine positive

Antwort, insbesondere auf die zweite Frage, viel weniger naheliegt(3).

Was den Reiz von Dengs Reformen für die Gesellschaft im Allgemeinen betrifft, so müssen wir zunächst anerkennen, dass der **Erfolg der Reformen in hohem Maße auf früheren Errungenschaften der Chinesischen Revolution beruhte**. Wenn westliche und japanische Beobachter Chinas Arbeiterschaft im Vergleich zu der Indiens, einschließlich ländlicher Migranten, für ihre Bildung, Lernwilligkeit und Disziplin loben, schreibt Au Loong-yu, »*kommt ihnen gar nicht in den Sinn, dass einer der Faktoren hierfür die große Veränderung durch die vorhergehende Landreform ist, und die aus ihr folgende kollektive Versorgung mit ländlicher Infrastruktur und Bildung, und nicht etwas, das mit der späteren Marktreform zu tun hatte*.«(4) Der Boom in der landwirtschaftlichen Produktion von 1978–84 hatte etwas mit den Reformen zu tun, aber nur, weil sie auf dem Vermächtnis der Mao-Ära aufbauten. 1978 bewässerten die Gemeinden Chinas mehr als doppelt so viel Ackerland wie 1952 und setzten verstärkt verbesserte Technologien ein, wie Düngemittel und ertragreichen Halb-Zwergreis, der 1977 auf 80 Prozent des chinesischen Reisangebauts wuchs. »*Zu dem Boom in der landwirtschaftlichen Produktion kam es dadurch, dass die während [der] Mao-Ära aufgebaute produktive Basis mit den Anreizen durch das System der Eigenverantwortlichkeit der Haushalte verbunden wurde*.«(5) (...) In einem 1981 veröffentlichten Bericht erkannte sogar die Weltbank die Signifikanz dieser Errungenschaften an.

»*Chinas bemerkenswerteste Errungenschaft der letzten dreißig Jahre ist, dass die untersten Einkommensschichten hier in Bezug auf Grundbedürfnisse viel besser gestellt sind als in den meisten anderen armen Ländern. Sie haben Arbeit, ihre Nahrungsmittelversorgung wird durch eine Mischung aus staatlicher Rationierung und kollektiver Eigenversicherung gewährleistet, der größte Teil ihrer Kinder besucht nicht nur eine Schule, sondern erhält auch einen vergleichsweise guten Unterricht, und die große Mehrheit hat Zugang zu elementarer Gesundheitsversorgung und Familienplanungsdiensten. Die Lebenserwartung – deren Ab-*

hängigkeit von vielen wirtschaftlichen und sozialen Variablen sie wahrscheinlich zum besten Einzelindikator für das Ausmaß echter Armut in einem Land macht – ist außerordentlich hoch für ein Land mit einem Pro-Kopf-Einkommen dieses Niveaus.»(6)

Ob Dengs Reformen diese Errungenschaften konsolidiert oder unterminiert haben, ist ein strittiger Punkt, zu dem ich hier nur zwei Betrachtungen anstellen möchte. **Erstens** hatten sich die Indikatoren für die Grundversorgung der Bevölkerung Chinas (Lebenserwartung und Alphabetisierungsrate Erwachsener) schon vor den Reformen so stark verbessert, dass es wenig Raum für weitere entscheidende Verbesserungen gab. Und doch kam es zu weiteren Verbesserungen, insbesondere in der Alphabetisierungsrate Erwachsener. Von diesem Standpunkt aus scheint es, als hätten die Reformen die vorhergehenden Errungenschaften der Chinesischen Revolution konsolidiert und nicht unterminiert.

Zweitens darf man die Bedeutung von Chinas Fortschritten im Pro-Kopf-Einkommen während der Reform-Ära nicht unterschätzen, selbst wenn sie nicht mit einer entsprechenden Verbesserung der Grundversorgung einhergingen. In einer kapitalistischen Welt ist, wie wir wiederholt betont haben, der nationale Wohlstand, gemessen am Pro-Kopf-Einkommen, die primäre Quelle nationaler Macht. Selbst wenn das Streben nach nationaler Macht die Veränderung der Welt in eine sozialistische Richtung bezweckt, blieb der KPCh, wie Mao stets immer sehr genau verstand, wenig anderes übrig, als das Spiel der Weltpolitik nach den bestehenden kapitalistischen Regeln zu spielen. Als die bevorstehende Niederlage in Vietnam die Vereinigten Staaten zwang, die normalen Handels- und diplomatischen Beziehungen Chinas mit dem übrigen Ostasien und der Welt im Ganzen wieder zuzulassen, war es für das kommunistische China vollkommen sinnvoll, die sich aus diesen Beziehungen ergebenden Chancen zu nutzen, um seinen nationalen Wohlstand und seine Macht zu steigern. Noch bevor die US-amerikanische Invasion im Irak dem chinesischen Aufstieg neuen Schwung verlieh, zeigten Richard Bernstein und Ross Munro ungeschminkt, aber scharfsinnig die wahre politische Bedeutung von Chinas Wechsel zur Marktwirtschaft auf.

»Die Ironie der chinesisch-amerikanischen Beziehungen besteht darin, dass China, als es sich fest im Griff

des ideologischen Maoismus befand und solche ideologische Verbissenheit an den Tag legte, dass Amerikaner es für gefährlich und bedrohlich hielten, in Wirklichkeit ein Papiertiger war, schwach und praktisch ohne globalen Einfluss. Nun, da China die äußeren Zeichen des Maoismus abgelegt und einen pragmatischen Kurs der wirtschaftlichen Entwicklung und des globalen Handels eingeschlagen hat, scheint es weniger bedrohlich, erwirbt aber tatsächlich die erforderlichen Mittel, um seinen globalen Ambitionen und Interessen mit echter Macht Nachdruck zu verleihen.»(7)

Eine präzisere Version dieser Bewertung ist, dass die KPCh, solange China durch die US-amerikanische Politik des Kalten Krieges vom globalen Handel abgeschnitten war und sich militärisch durch die UdSSR bedroht fühlte, dazu getrieben wurde, Ideologie als Hauptwaffe im Kampf um die nationale und internationale Konsolidierung ihrer Macht einzusetzen. Aber als die ideologische Waffe in den letzten Jahren der Kulturrevolution begann, auf sie zurückzuschlagen, etwa zur selben Zeit, als die USA im Kalten Krieg gegen die UdSSR ein Bündnis mit China anstrebten, waren die Voraussetzungen geschaffen für eine **pragmatische Nutzung des Markts** als Instrument des Machterwerbs der KPCh auf nationaler und der VRC auf internationaler Ebene. Während über den Machterwerb der KPCh das letzte Wort noch nicht gesprochen ist – da noch nicht klar ist, ob ihr Einfluss auf Staat und Gesellschaft Chinas gestärkt oder geschwächt worden ist – steht bereits fest, dass die Wirtschaftsreformen für den Machterwerb der VRC ein durchschlagender Erfolg waren.

Warum also einen neuen Kurs einschlagen, wie die KPCh es unter ihrer neuen Führung getan hat? Was hat die Veränderung ausgelöst und in welche Richtung wird sie Chinas Ökonomie und Gesellschaft aller Voraussicht nach führen? Wang Huis Beobachtungen zur Beziehung zwischen Dengs Reformen und der Tradition der Chinesischen Revolution geben uns einen Anhaltspunkt zur Beantwortung dieser Fragen. Die Grundlage dieser Tradition ist eine **eigene chinesische Sorte von Marxismus-Leninismus**, die mit der Aufstellung der Roten Armee in den späten 1920er Jahren entstand, sich aber erst nach der Besetzung von Chinas Küstenregionen durch Japan in den späten 1930er Jahren voll entwickelte. Diese ideologische Neuerung hatte **zwei Hauptbestandteile**.

Erstens wurde das leninistische Prinzip der Partei als Avantgarde beibehalten, die **auführerische Stoßrichtung** der leninistischen Theorie aber aufgegeben. In der stark zersplitterten Einzelstaatsstruktur des Chinas der Bandenchefs und der Guomindang (GMD) gab es keinen »Winterpalast« zu stürmen oder besser gesagt, es gab zu viele solcher Paläste, als dass eine aufständische Strategie irgendeine Erfolgchance gehabt hätte. Die auführerischen Aspekte der leninistischen Theorie wurden daher durch das ersetzt, was Mao später als »Massenlinie« zur Theorie erhob – die Idee, dass die Partei als Avantgarde nicht nur Lehrer, sondern auch Schüler der Massen sein sollte. *»Dieses von-den-Massen-zu-den-Massen-Konzept«, so bemerkt Fairbank, »war tatsächlich eine Art Demokratie, angepasst an die Tradition Chinas, wo der Beamte der oberen Klassen dann am besten regierte, wenn ihm die wahren Wünsche der Menschen vor Ort am Herzen lagen, und er so in ihrem Interesse regierte.»(8)*

Zweitens, in der Frage nach der gesellschaftlichen Basis gab die KPCh der **Bauernschaft** statt dem städtischen Proletariat – Marx' und Lenins revolutionärer Klasse – den Vorrang. Wie das Massaker der GMD an kommunistisch geführten Arbeitern in Shanghai 1927 demonstriert hatte, waren die Küstenregionen, in denen sich das Gros des städtischen Proletariats konzentrierte, ein viel zu trügerisches Gelände, um von hier aus die ausländische Vorherrschaft und die Hegemonie der GMD über die chinesische Bourgeoisie herauszufordern. Da sie durch die im westlichen Stil ausgebildeten und ausgerüsteten GMD-Armeen immer weiter von den Stätten der kapitalistischen Expansion weggetrieben wurden, blieb der KPCh und der Roten Armee nichts anderes übrig, als ihre Wurzeln unter der Bauernschaft in armen und entlegenen Gegenden zu schlagen. Dies führte zu dem, was Mark Selden als *»einen in beide Richtungen wirkender Sozialisationsprozess«* beschrieben hat, in dem die Partei-Armee die subalternen Schichten der chinesischen ländlichen Gesellschaft zu einer mächtigen revolutionären Kraft formte und ihrerseits von den Bestrebungen und Werten dieser Schichten geprägt wurde.(9)

Die Verbindung dieser beiden Merkmale mit der modernistischen Stoßrichtung des Marxismus-Leninismus ist die Grundlage der chinesischen revolutionären Tradition und trägt zur Erklärung der Schlüsselaspekte des chinesischen Entwicklungswegs vor und nach den Reformen sowie der

jüngsten Veränderung der politischen Linie unter Hu bei.

Zuallererst erklärt sie, warum in Maos China, in scharfem Gegensatz zu Stalins UdSSR, die Modernisierung nicht durch die Zerstörung der Bauernschaft, sondern durch eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage und ihrer Bildung angestrebt wurde.

Zweitens erklärt sie, warum die chinesische Modernisierung, vor und nach den Reformen, nicht nur auf die Internalisierung der westlichen Industriellen Revolution gegründet war, sondern auch auf die Wiederbelebung der Merkmale der einheimischen Fleißrevolution mit ihrer ländlichen Basis.

Drittens erklärt sie, warum unter Mao die Tendenz zur Herausbildung einer städtischen Bourgeoisie von Funktionären der Staatspartei und Intellektuellen durch ihre »Umerziehung« in ländlichen Gegenden bekämpft wurde.

Schließlich erklärt sie, warum Dengs Reformen zuerst in der Landwirtschaft gestartet wurden und warum sich Hus neuer Kurs auf den Ausbau der Gesundheits-, Bildungs- und Wohlfahrtsleistungen in ländlichen Gegenden unter dem Banner einer »neuen sozialistischen Landschaft« konzentriert.

Das eigentliche, dieser Tradition zugrunde liegende Problem besteht darin, ein Land zu regieren und zu entwickeln, dessen *Landbevölkerung* größer ist als die *Gesamtbevölkerung* Afrikas, Lateinamerikas oder Europas. Kein anderes Land außer Indien hatte je ein auch nur ansatzweise vergleichbares Problem.(10) Von diesem Standpunkt aus, und wie schmerzlich die Erfahrung für städtische Funktionäre und Intellektuelle auch gewesen sein mag, konsolidierte die **Kulturrevolution** die ländliche Basis der Chinesischen Revolution und leistete die Vorarbeit für den Erfolg der Wirtschaftsreformen. Es genügt zu erwähnen, dass, teilweise als Ergebnis der Politik, teilweise als Ergebnis der Störung des städtischen Industriebetriebs durch parteiinterne Konflikte, große Nachfrage nach den Produkten ländlicher Unternehmen bestand, was zu einer bedeutenden Expansion der Kommunen- und Brigadeunternehmen führte, aus denen viele der TVEs (Town Village Enterprise) später hervorgingen.(11)

Gleichzeitig gefährdete die Kulturrevolution nicht nur, wie bereits bemerkt, die Macht der Funktionäre der Staatspartei und die politischen Errungenschaften der

Chinesischen Revolution, sondern auch die gesamte modernistische Komponente der revolutionären Tradition. Ihre Ablehnung zugunsten von Wirtschaftsreformen wurde daher als wesentlich für eine Wiederbelebung dieser Komponente präsentiert und wahrgenommen.

Im Lauf der Zeit jedoch ließ gerade der Erfolg dieser Wiederbelebung das Pendel in die entgegen gesetzte Richtung ausschlagen und unterminierte Mitte bis Ende der 1990er Jahre ernsthaft die revolutionäre Tradition. Insbesondere zwei Entwicklungen kennzeichneten diese Tendenz: ein enormer Anstieg der Einkommensunterschiede und die wachsende Unzufriedenheit des Volks mit den Methoden und den Folgen der Reformen.

Soziale Widersprüche des wirtschaftlichen Erfolgs

Der **enorme Anstieg der Einkommensunterschiede** innerhalb und zwischen städtischen und ländlichen Gegenden sowie zwischen verschiedenen Klassen, sozialen Schichten und Provinzen ist eine der am besten belegten Tatsachen an Chinas Wechsel zur Marktwirtschaft.(12) Solange dieser Trend glaubhaft als Ergebnis einer Strategie der unausgewogenen Entwicklung präsentiert werden konnte, die für eine Mehrheit Aufstiegschancen eröffnete, hielt sich der Widerstand gegen die zunehmende Ungleichheit in Grenzen und konnte leicht neutralisiert oder unterdrückt werden. Im Lauf der Zeit jedoch geriet die zunehmende Ungleichheit mit der revolutionären Tradition in Konflikt, was die soziale Stabilität ernsthaft unterminierte.(13)

Die Traditionen der »Massenlinie« und des »in beide Richtungen wirkenden Sozialisationsprozesses« spielten anscheinend eine Rolle in den Reformen selbst.(14) Nichtsdestotrotz, je stärker die lokalen und provinziellen Parteikader und -funktionäre ihre unternehmerischen Energien auf die wirtschaftliche Sphäre umlenkten und sich an Akten der Akkumulation durch Enteignung beteiligten, desto mehr **wurde die Tradition der »Massenlinie« zur Fiktion** und der »in beide Richtungen wirkende Sozialisationsprozess« zwischen dem Parteistaat und den subalternen Schichten der chinesischen Gesellschaft durch einen ähnlichen Prozess zwischen dem Parteistaat und der sich herausbildenden Bourgeoisie ersetzt. Und doch hatte die revolutionäre Tradition, wie Samir Amin in einem in Kapitel 1 zitierten Abschnitt behauptet, Chinas subalterne Schichten mit einem

Selbstbewusstsein und einer Streitlust ausgestattet, die anderswo im globalen Süden wenig Entsprechungen hat und, so können wir hinzufügen, im globalen Norden ebenso wenig. Und wie Wang Hui herausstellte, hat das anhaltende offizielle Festhalten des Parteienstaats an dieser Tradition diesem Selbstbewusstsein und der Streitlust einige Legitimität verliehen.

Das Ergebnis ist eine **starke Zunahme sozialer Kämpfe** in städtischen ebenso wie in ländlichen Gegenden. Offiziell gemeldete Fälle von »Störungen der öffentlichen Ordnung« – ein Hinweis auf Proteste, Tumulte und andere Formen sozialer Unruhen – eskalierten von 10.000 im Jahr 1993 auf 50.000 (2002), 58.000 (2003), 74.000 (2004) und 87.000 (2005) mit einem nur leichten Rückgang in den ersten sechs Monaten von 2006. In ländlichen Gegenden waren bis etwa 2000 die Hauptmissstände, die Massen mobilisierten, Steuern, Abgaben, Gebühren und diverse andere »Lasten«. In jüngerer Zeit sind die Umwidmung von Anbauflächen für die Industrie, Immobilien- und Infrastrukturentwicklung, Umweltzerstörung und die Korruption von kommunalen Partei- und Verwaltungsfunktionären die Themen, die am meisten Unruhe stiften. Vorfälle wie der Aufruhr wegen der Emissionen einer Pestizidfabrik in Dongyang von 2005, in dem mehr als 10.000 Einwohner die Polizei in die Flucht schlugen, was zur Stilllegung der Fabrik führte, sind »in die chinesische Folklore eingegangen, als Beweis dafür, dass in Massen auftretende entschlossene Bürger die Behörden zwingen können, den Kurs zu wechseln und sich nach ihren Bedürfnissen zu richten.«(15)

In den städtischen Gegenden hat die »alte« Arbeiterklasse der Staatsunternehmen seit den späten 1990er Jahren auf Massenentlassungen mit einer Welle von Protesten reagiert, die häufig an Gerechtigkeitsstandards der sozialistischen Tradition und an den Staatsvertrag der »eiserne Reisschüssel« appellierten, die die ersten vierzig Jahre der VRC hindurch vorherrschten. Meist dämmte eine Kombination aus Unterdrückung und Zugeständnissen diese Protestwelle leicht ein. In jüngerer Zeit jedoch war eine beispiellose Streikserie der Vorbote für die Ausbreitung der Unruhen auf die »neue« Arbeiterklasse meist junger Wanderarbeiter, die das Rückgrat von Chinas Exportindustrien bilden. Zusammen mit wachsenden Unruhen unter städtischen Arbeitern im Dienstleistungssektor räumen diese beiden Wellen mit der im Westen verbreiteten Ansicht auf, dass »es in China keine Arbeiterbewegung gibt«: »Man kann inzwi-

chen in fast jede Stadt des Landes gehen«, stellt Robin Munro vom China Labour Bulletin fest, »und dort werden mehrere große kollektive Arbeiterproteste zur gleichen Zeit stattfinden«. Es ist eine spontane und relativ rudimentäre Arbeiterbewegung, aber das war die US-amerikanische Arbeiterbewegung während ihrer goldenen Ära der 1930er Jahre auch. (16)

Wie in Kapitel 1 festgestellt, hat dieser steile Anstieg sozialer Unruhen die **Führung der KPCh** vor eine vollkommen neue Herausforderung gestellt und sie veranlasst, ihre Rhetorik und politische Linie zu verändern, um eine ausgewogenere Entwicklung zwischen ländlichen und städtischen Gegenden, zwischen einzelnen Regionen und zwischen der Wirtschaft und der Gesellschaft anzustreben und in jüngster Zeit dazu, ein neues Arbeitsrecht einzuführen, das die Rechte der Arbeiter ausweiten soll.

Ob die Veränderung die sozialistische Tradition tatsächlich retten und die Entwicklung in eine egalitäre Richtung umlenken wird, ist bislang noch reine Spekulation. Was uns hier beschäftigt, ist jedoch nicht so sehr das Schicksal der sozialistischen Tradition in China als vielmehr die weitergehenden Implikationen des chinesischen Aufstiegs für die Beziehungen zwischen den Zivilisationen in der Welt im Ganzen. Diesen Implikationen wenden wir uns nun zu.

(1) Wang Hui (2006), »Depoliticized Politics, From East to West«, New Left review II/41, S. 34, 44f.)

(2) Yingyi Qian (1996); Ding (2000); Lee und Selden (2007). Diese und andere Formen der Akkumulation durch Enteignung traten zusammen mit der von Hart betonten Akkumulation ohne Enteignung auf. Bei einem Land von der Größe und Komplexität Chinas ist es natürlich sehr schwer zu sagen, welche Tendenz zu verschiedenen Zeitpunkten vorherrschte und noch schwerer, welche Tendenz sich wahrscheinlich in der Zukunft durchsetzen wird. Die unten vorgebrachte Position ist, dass unter Jiang Zemin die Akkumulation durch Enteignung im Vormarsch war und sich letztlich vielleicht durchgesetzt hätte, wäre es nicht unter Hu Jintao, durch die Eskalation sozialer Unruhen, zu einer Änderung der politischen Grundsätze gekommen.

(3) Die Umkehr kündigt sich nicht nur durch die Veränderung politischer Grundsätze und der intensiveren Beschäftigung der neuen Führung mit sozialen Fragen an, sondern auch in der Nutzung einer laufenden Antikorruptionskampagne zur Säuberung des Parteiapparats von Jiangs Anhän-

gern und der Stärkung der Fähigkeit der KPCh und der Zentralregierung, die neue politische Linie effektiv umzusetzen. Siehe J. Kahn, »China's Anti-graft Bid Bolsters Top Leaders.« The International Herald Tribune, 4. Oktober, 2006; R. McGregor, »Push to Bring the Provinces into Line.« Financial Times, 12. Dezember, 2006. Ob die Reformen die Fähigkeit der obersten Führungsschicht der KPCh und der Zentralregierung, politischen Grundsätzen auf provinzieller und lokaler Ebene effektiv Geltung zu verschaffen, gestärkt oder geschwächt haben, bleibt umstritten. Gegensätzliche Ansichten zu dieser Frage finden sich in Edin (2003) und Hung (2006).

(4) Au (2005, S. 10–13). Zu der Zeit, als Dengs Reformen anliefen, hatte China Indien in allen Indikatoren zur menschlichen Entwicklung bereits weit hinter sich gelassen: Alphabetisierungsrate, tägliche Kalorienzufuhr, Sterberate, Säuglingssterberate, Lebenserwartung und so weiter. Siehe Nolan (2004, S. 118).

(5) Agarwala (2002, S. 95–96). Zu Bewässerungsprojekten, Straßen- und Schienenerweiterungen und dem Anpflanzen von Hybridreis in der Mao-Ära als Grundlage für das Wachstum in der Reformära siehe auch Bramall (2000, S. 95f., 137f., 153, 248).

(6) Zitiert in Yuyu Li (2006). Siehe auch Agarwala (2002, S. 55).

(7) Bernstein und Munro (1997, S. 22).

(8) John Fairbank (1992, S. 319).

(9) Mark Selden (1995, S. 37f.).

(10) Der chinesische Wissenschaftler Pei Minxin hat die Zeiten zusammengerechnet, in denen die Zentralregierung die Kontrolle über große Gebiete verloren hatte, und stellte fest, dass China 1.000 Jahre des internen Chaos erlebt hat. Zitiert in M. Naim, »Only a Miracle Can Save China from itself.« The Financial Times, 15. September, 2003.

(11) Lin und Yao (n. d.); Putterman (1997).

(12) Siehe, unter anderen, Wei (2000); Riskin, Zhao und Li (2001); Walder (2002); Wang (2003); Wu und Perloff (2004); Li (2005).

(13) Um zu erklären, warum das enorme Anwachsen der Einkommensunterschiede bis vor kurzem noch nicht zu einem sozial destabilisierenden Faktor geworden ist, sollten drei Überlegungen berücksichtigt werden. Erstens hielt, wie bereits bemerkt, die Verbesserung der Grundversorgung während der Reformen an. Die durch zunehmende Ungleichheit verursachte größere relative Entbehrung ging also mit einer geringeren absoluten Entbehrung einher. Zweitens ist die Zunahme der Ungleichheit in China – bemessen nach synthetischen Indikatoren wie dem Gini – vorwiegend auf eine Verbesserung (statt einer Verschlechterung) der Position der Gruppen mit mittle-

rem Einkommen zurückzuführen. Siehe insbesondere Wu und Perloff (2004, Abbildungen 2 und 3). Schließlich war die zunehmende Ungleichheit während der Dauer der Reformen, der Forschungsgruppe für soziale Strukturen im heutigen China (Research Group for Social Structure in Contemporary China, 2005, Kapitel 4) zufolge, von einer *Zunahme* der Mobilität zwischen den Generationen (Beruf der Eltern/Beruf der Kinder) und innerhalb der Generationen (erster Beruf/momentaner Beruf) begleitet. So hatten Personen in Berufen mit niedrigerem Einkommen größere Chancen als in der Zeit vor den Reformen, die Einkommenslücke zwischen verschiedenen Tätigkeiten durch den Wechsel in einen Beruf mit höherem Einkommen zu einem persönlichen Vorteil zu machen, und je größer die Lücke, desto größer der Vorteil.

(14) Agarwala stellte fest, dass unter politischen Entscheidungsträgern Chinas »Leute in oberen Führungspositionen ein größeres Interesse an der Interaktion mit verschiedenen Schichten der Gesellschaft demonstrieren als in demokratischer organisierten Gesellschaften wie der Indiens« (2002, S. 90). In ähnlicher Weise bemerkte Stiglitz, dass »George Bush die Gefahren übertriebener Geheimhaltung und der Eingrenzung der Entscheidungsfindung auf einen engen Zirkel von Schmeichlern vorgeführt hat. Die meisten Menschen außerhalb Chinas würdigen das Maß, in dem sich seine Führungspersönlichkeiten, auf ausgedehnten Beratungen und Besprechungen eingelassen haben, nicht ausreichend.« »Development in Defiance of the Washington Consensus.« Siehe auch Rawski (1999, S. 142).

(15) H. W. French, »Protesters in China Get Angrier and Bolder.« International Herald Tribune, 20. Juli, 2005; T. Friedman, »How to Look at China.« International Herald Tribune, 10. November, 2005; H. W. French, »20 Reported Killed as Chinese Unrest Escalates.« The New York Times, 9. Dezember, 2005; J. Muldavin, »In Rural China, a Time Bomb Is Ticking.« International Herald Tribune, 1. Januar, 2006; C. Ni, »Wave of Social Unrest Continues Across China.« Los Angeles Times, 10. August, 2006; M. Magnier, »As China's Spews Pollution, Villagers Rise Up.« Los Angeles Times, 3. September, 2006; M. Magnier, »China Says It's Calmed Down.« Los Angeles Times, 8. November, 2006; Lee und Selden (2007).

(16) B. Smith, J. Brecher und T. Costello, »China's Emerging Labor Movement.« ZNet <http://www.zmag.org>, 9. Oktober, 2006. Zur früheren Welle der Unruhen siehe Lee (2002) und Lee und Selden (2007). Zum Gegensatz zwischen den beiden Wellen siehe Berverly Silver »Labor Upsurges: From Detroit to Ulsan and Beyond (2005, S. 445–7; 2003, S. 64–66).

Cheng Enfu

Grundlegende Merkmale der sozialistischen Marktwirtschaft

Die chinesische Zentralregierung unternimmt nicht nur große Anstrengungen hinsichtlich der Entwicklung der Wissenschaften und der Verbesserung der Fähigkeit zur eigenständigen schöpferischen Arbeit, sondern macht neuerdings auch Fortschritte beim Ausbau des Sozialismus in Richtung einer harmonischen Gesellschaft. Eine harmonische Gesellschaft verkörpert sechs Bereiche, die zu zivilisieren sind: Politik, Recht, Kultur, Institutionen, Gesellschaft und Ökologie. Sie sollten demokratisch sein, gesetzlich geregelt, gleich und gerecht, glaubwürdig und freundlich, voller Vitalität, sicher, geordnet und in Harmonie zwischen Mensch und Natur.

Die chinesische Wirtschaft zeigt seit 1978 ein anhaltend schnelles Wachstum. Im Jahre 1978 belief sich das chinesische Bruttosozialprodukt auf 364,5 Milliarden RMB und stieg auf 18.395,6 Mrd. RMB im Jahre 2005 [11 Renminbi entsprechen derzeit ca. 1 Euro].

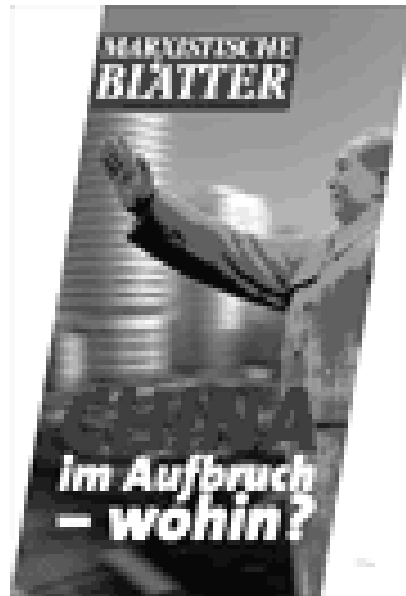
Im Jahre 2006 wuchs das BSP um 11,1% auf 21.087,1 Mrd. RMB. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate zwischen 1978 und 2005 betrug 9,7%. Bei Berücksichtigung der Preissteigerungen war das BSP 2005 mehr als zwölf mal so hoch wie 1978. Die chinesische Bevölkerung wuchs von 962,59 Millionen 1978 auf 1307,56 Mio. in 2005. Das BSP pro Kopf stieg im gleichen Zeitraum von 381 auf 14.040 RMB; unter Berücksichtigung der Preissteigerungen war es 2005 fast neunmal so hoch wie 1978.

Obwohl China große Fortschritte gemacht hat, müssen wir viele unharmonische Phänomene in unserer Gesellschaft zur Kenntnis nehmen, müssen nach ihren Ursachen fragen und nach Institutionen und Mechanismen suchen, um sie aufzulösen.

Um die ökonomische Basis für eine harmonische Gesellschaft zu errichten, müssen dringend **vier Maßnahmen** in Angriff genommen werden:

Dominanz des gesellschaftlichen Eigentums

Öffentliches Eigentum sollte den Vorrang haben. Der in in- oder ausländischem Privatbesitz befindliche Teil der Ökonomie sollte entwickelt werden unter der Bedingung, dass der in öffentlichem Besitz befindliche Teil der Ökonomie hinsichtlich der Qualität wie der Quantität vorherrscht.



„Sozialismus“ darf kein leeres Gerede sein. Wie Deng Xiaoping sagte, hat Sozialismus zwei Prinzipien: eines besteht darin, dass die Ökonomien mit unterschiedlichen Besitzverhältnissen sich gemeinsam entwickeln, von denen der in öffentlichem Besitz befindliche Teil der Ökonomie ein Hauptteil bleibt. Das andere Prinzip besteht darin, dass alle Menschen reich werden, dass es keine Polarisierung gibt.

Die zwei Prinzipien werden in einigen Darstellungen des Wegs der Reform bewusst ignoriert, vor allem wird missachtet, dass der in öffentlichem Besitz befindliche Teil der Ökonomie der Hauptteil der gesamten Ökonomie ist - eine Aussage, die für das Fundament der sozialistischen Produktionsverhältnisse gilt, für die Eigentumsverhältnisse. So war in einigen Massenmedien oder auf akademischen Konferenzen immer wieder zu hören, dass der in Privatbesitz befindliche Teil der Ökonomie die Basis unserer Volkswirtschaft sei. Die Zentralregierung hat aber beschlossen, dass dieser Teil der Ökonomie sich gemeinsam mit dem in öffentlichem Besitz befindlichen Teil der Ökonomie entwickeln solle unter der Bedingung, dass der öffentliche Sektor, und nicht der private, der Hauptteil der Gesamtökonomie ist.

Der Artikel „Die Stärkung und Förderung der ökonomischen Basis des Sozialismus“ in Jiang Zhemins „Ausgewählten Werken“ (Bd. 3) betont, dass „die ökonomische Infrastruktur des Sozialismus von dem in öffentlichem Eigentum befindlichen Teil der Ökonomie - mit dem staatlichen Eigentum als

Kern - bestimmt wird; ohne dieses fehlt es auch der führenden Rolle der Kommunistischen Partei oder dem sozialistischen Überbau an einer materiellen Basis. Die Funktionsträger auf allen Ebenen, insbesondere die hochrangigen Kader, müssen ein klares und tief greifendes Bewusstsein für diesen Punkt entwickeln. Der so genannte kleine Abbau des in öffentlichem Besitz befindlichen Anteils der Ökonomie sollte seine Grenze und zugleich seine Vorbedingung darin finden, dass er den Status und die Rolle der in öffentlichem Besitz befindlichen Unternehmen als ein Hauptteil der nationalen Ökonomie nicht gefährden darf. Jede Provinz, jeder Bezirk und jede Stadt muss viele große und mittlere Unternehmen managen und kontrollieren, um die einheimische Ökonomie und die soziale Entwicklung zu regulieren.“

Nach neueren Statistiken ist der Anteil des nicht in öffentlichem Eigentum befindlichen Teils der Volkswirtschaft auf über 50 % gestiegen. In- und ausländisches Privateigentum machen heute bereits an die zwei Drittel des BSP der VR China aus, und dieser Anteil nimmt weiter zu, während der in öffentlichem Eigentum befindliche Teil weiter an Bedeutung verliert. Wir beobachten, dass die durch den staatlichen Sektor gegebenen Kontrollmöglichkeiten rapide zurückgegangen sind, dass in einigen Provinzen und Städten staatliche Unternehmen ganz verschwunden sind und dass derartige Entwicklungen in China als beispielhaft gepriesen werden.

Wissenschaftler des In- und Auslands sind der Meinung, dass verschiedene Typen von Eigentumsverhältnissen, an denen das öffentliche Eigentum den Hauptteil ausmachen sollte, sich wieder finden sollten in der Kapitalstruktur, der Beschäftigungsstruktur, der Struktur des BSP, der Steuern, des Außenhandels etc.

Unterschiedliche Eigentumsstrukturen im Sinne von Haupt- und Ergänzungsformen sollten sich gemeinsam entwickeln. Man muss sehen, dass ein zu hoher Anteil des Privatsektors unausweichlich zu solchen ökonomischen Phänomenen wie Arbeitslosigkeit etc. und schließlich zu sozialer Disharmonie führt. Dort liegt auch der Grund für die zehn Jahre lang andauernde Rückentwicklung der Sowjetunion und Osteuropas, die zehn verlorenen Jahre Lateinamerikas, die zehn Jahre Schnecken tempo in Japan, die zehn langsamen Jahre in Europa und Amerika in den 1990er Jahren. Die

neunundvierzig ärmsten Länder (auch Dritte Welt genannt) wurden nicht reicher, sondern werden nach den Standards der UN sogar ärmer.

Joseph E. Stiglitz ist ebenfalls der Meinung, dass neoliberale Theorie und Politik einschließlich des Mythos des Privateigentums zu ökonomischer Disharmonie und verschiedenen ökonomischen Krisen der Sowjetunion, Osteuropas, Lateinamerikas etc. geführt haben.

Die ganze Welt einschließlich Chinas muss dringend umdenken und die konservativen Ideen des Neoliberalismus überwinden, um ihre Wirtschaft wieder zu beleben und zu entwickeln. Für uns ist es notwendig, den Neoliberalismus zu kritisieren, um die Reformrichtung der sozialistischen Marktwirtschaft beizubehalten.

Verteilung entsprechend der Arbeit als Kern

Die Verteilung der Einkommen muss hauptsächlich entsprechend der Qualität und Quantität der geleisteten Arbeit erfolgen. Die Eigentümer der verschiedenen Produktionsfaktoren sollen auf Grundlage ihres Eigentums an der Verteilung beteiligt werden. Soziale Gerechtigkeit und ökonomische Effizienz bringen sich gegenseitig voran, und soziale Gerechtigkeit ist genauso wichtig wie ökonomische Effizienz.

Der Markt spielt eine wichtige Rolle bei der Zuweisung von Ressourcen, insbesondere von umkämpften Ressourcen, aber die Marktwirtschaft ist unzulänglich und unfähig, makroökonomisches Gleichgewicht, ein richtiges Verhältnis zwischen Wettbewerb und Monopol, den Schutz der Ressourcen und der Umwelt, soziale Gerechtigkeit zu garantieren.

In China haben sich die Einkommen weit auseinander entwickelt und liegen mit einem Gini-Koeffizienten von 0,46 viel weiter auseinander als in vielen entwickelten Ländern. Die soziale Polarisierung sollte uns Sorgen machen.

Warum hat sich die Kluft zwischen Arm und Reich bei Einkommen und sozialem Wohlstand in den letzten Jahren vertieft, obwohl diese Entwicklung durchaus gesehen und bekämpft worden ist? Weil ignoriert wurde, dass die Reform der Eigentumsverhältnisse - vor allem durch das Verschenken und Verschleudern öffentlichen Vermögens - notwendig zu diesen Ergebnissen im Verteilungssektor führen muss.

Die Zentralregierung betont jetzt, dass sie der Frage der sozialen Gleichheit und Gerechtigkeit mehr Aufmerksamkeit widmen will. Es sollten Maßnahmen in den Bereichen Eigentum und Verteilung ergriffen werden, um eine harmonische Verteilung zu

erreichen, indem die niedrigen und mittleren Einkommen erhöht, die hohen Einkommen korrigiert und illegale Einkommen verhindert werden.

Vom Staat kontrollierte und regulierte Strukturen des Markts

Der Staat reguliert und kontrolliert die Strukturen der Marktwirtschaft, die aus verschiedenen Ebenen besteht. Der Markt kommt grundlegend und uneingeschränkt zum Tragen bei der Verteilung der Ressourcen, und gleichzeitig übernimmt der Staat uneingeschränkt die Aufgabe, den Markt in Hinblick auf Transparenz, Kosten, Demokratie und Effizienz zu regulieren und zu kontrollieren.

Wissenschaftliche Reformen in Richtung Marktwirtschaft sind etwas ganz anderes als unüberlegte Reformen. Der chinesische Weg der sozialistischen Selbstvervollkommnung bedeutet nicht einfach eine Reform in Richtung Marktwirtschaft, sondern eine Reform mit dem Ziel, eine sozialistische Marktwirtschaft zu errichten. Die Dokumente der Zentralregierung haben nie ausgesagt, dass unser Land eine simple Reform in Richtung Marktwirtschaft betreibt, die in den Dokumenten erwähnte Reform und Öffnung ist immer verbunden mit dem Beharren auf vier Grundsätzen: Fortschreiten zum Sozialismus, demokratische Volksherrschaft, Führungsrolle der KPCh, Marxismus-Leninismus und Mao Zedong-Ideen.

Vor den Begriff Marktwirtschaft wird stets das Wort „sozialistisch“ gesetzt. Der Hauptinhalt des Wortes „sozialistisch“ besteht darin, dass der in öffentlichem Eigentum befindliche Teil der Ökonomie den Hauptteil der Volkswirtschaft darstellt. Die „Reform in Richtung Marktwirtschaft“, auf die manche Papiere und Bücher sich beziehen, ist nichts als eine Abkürzung, ist nicht die Gesamtbedeutung der „Reform in Richtung sozialistische Marktwirtschaft“. Aber die Abkürzung erleichtert natürlich die Fehlleitung der Reform, und das ist der Grund dafür, dass sie von Vertretern des Neoliberalismus benutzt wird.

Nach einschlägigen Messungen sind heute fast 80 % unserer Volkswirtschaft marktwirtschaftlich organisiert. Manche halten den Markt für allmächtig und würden am liebsten das gesamte Wirtschaftsleben und darüber hinaus auch das soziale und das kulturelle Leben sowie das staatliche politische Leben den Marktgesetzen ausliefern, wollen die Planung aus der sozialistischen Marktwirtschaft und aus allen Bereichen der Wirtschaft und der Gesellschaft entfernen. Es ist lächerlich, sich vom Markt betören zu lassen, die Planung aufzugeben und als

verbotene Zone zu betrachten. Wir sollten den Markt respektieren, aber nicht süchtig nach ihm sein. Wir sollten uns auch von Plänen nicht betören lassen, aber auch nicht aufhören, mit ihrer Hilfe die Wirtschaft zu regulieren.

Ich stimme dem angesehenen chinesischen Ökonomen Professor Liu Guoguang zu, wenn er sagt, dass Planung unter den Bedingungen der sozialistischen Marktwirtschaft nicht auf Kommando pläne hinausläuft, sondern auf anleitende und strategische Pläne. Aus Chinas elftem Fünfjahresplan wurde das elfte Fünfjahresprojekt, aber das Projekt ist identisch mit dem Plan, hat ebenso anleitenden und strategischen Charakter. Das Projekt sollte die wesentlichen mittelfristigen Ziele, Programme und Aufgaben enthalten und muss komplettiert werden, damit es als Anleitung für die konkrete Politik dienen kann z. B. in den Bereichen Naturwissenschaften, Hochtechnologie, Umweltfragen etc. Es sollten verpflichtende Kennziffern festgelegt werden, gerade auch in kurzfristigen antizyklischen Investitionsplänen, Regulierungs- und Kontrollmaßnahmen, in der Finanz-, Steuer- und Geldpolitik. Wir sollten also auf verpflichtende Pläne nicht gänzlich verzichten. Gegenwärtig besteht die Planung lediglich darin, einige Ziele und Aufgaben zu formulieren, ohne dass über deren Verwirklichung Rechenschaft abgelegt werden müsste. Bei dieser Art darf es nicht bleiben.

Wo staatliche Regulierung versagt, muss sie wettgemacht werden durch das gute Funktionieren der Marktregulierung und umgekehrt. Ein doppelter Regulationsmechanismus sollte angestrebt werden, wo der Markt eine grundlegende und der Staat eine anleitende Rolle spielt. Auf diese Weise könnte soziale und ökonomische Harmonie entstehen. Warum haben wir vermehrt solche Erscheinungen wie dringende Appelle an die Spitzen der Regierung, Aufruhr, Verbrechen und soziale Unausgeglichenheit zu verzeichnen? Einfach deshalb, weil die staatliche Regulierung fehlt oder zu kurz greift.

Einige ernste Fragen stellen sich seit einigen Jahren beim Manager-Buyout (MBO) [eine besondere Form des Unternehmensankaufs, wo das eigene Management, in der Regel durch leitende Angestellte oder die Geschäftsführung, das Unternehmen kauft; d. Übers.] von in öffentlichem Besitz befindlichen Unternehmen - Fragen, die zu Unzufriedenheit und Disharmonie in allen sozialen Klassen führen. In diesem Zusammenhang sind unüberlegtes und verspätetes staatliches Eingreifen nachweisbar. Niemand wird leugnen, dass Eigentumsreformen notwendig sind, aber die Marktgesetze sollten nicht subjektiv verletzt werden.

Öffnung aber... zugleich sich auf die eigene Kraft stützen

Das Verhältnis zwischen der Entwicklung aus eigener Kraft und der Entwicklung aus dem Import von ausländischem Kapital und Technologie sollte sachgerecht gestaltet werden. Die ökonomische Entwicklung sollte hauptsächlich durch inländische Erfordernisse vorangetrieben werden, ausländische Interessen sollten nur den Charakter von nützlichen Ergänzungen haben. Außerdem sollte der Schwerpunkt der ökonomischen Öffnung mehr auf Effizienz und Qualität als auf vermehrte Quantität gelegt werden.

Derzeit führt der Prozess der Öffnung unserer Volkswirtschaft dazu, dass wir immer mehr vom Ausland abhängen. Der Anteil des Außenhandels (Im- und Export) am Bruttoinlandsprodukt hat sich von nur 9,7 % im Jahre 1978 auf 65,6 % in 2006 erhöht. Den größten Anteil am chinesischen Außenhandel stellt mit 54,7 % die Weiterverarbeitung, wo Anfangs- und Endpunkt außerhalb des Landes liegen und die heimische Wirtschaft nur wenig an der Wertschöpfung beteiligt ist.

Der Anteil der staatlichen Unternehmen am Außenhandel lag 1994 bei 70,2 %, ist jedoch inzwischen (2004) auf 28,6 % gesunken, während im gleichen Zeitraum der Anteil der ausländischen Kapitalgesellschaften auf 57,5 % gestiegen ist.

Der Gesamtwert der chinesischen Exporte im Bereich neuester und Spitzentechnologie ist von 24,7 Mrd. US-Dollar im Jahre 1999 auf 218,25 Mrd. USD in 2005 gestiegen, also auf das 7,8-fache, ist aber stark vom Ausland abhängig. Der Anteil der Exporte

im Bereich Weiterverarbeitung nimmt zu gegenüber dem Anteil des Bereichs des allgemeinen Handels. Der Wert der Exporte von neuester und Spitzentechnologie in Form von Weiterverarbeitung belief sich schon 2002 auf 60,63 Mrd. USD, umfasste 89,3 % des gesamten Exports von neuester und Spitzentechnologie und war damit seit 1993 um 20 % gestiegen.

Die ausländischen Kapitalgesellschaften spielen eine dominierende Rolle im Export von neuester und Spitzentechnologie und hatten 2002 einen Anteil von 82,2 % erreicht. Seit 2001 kommt der größere Teil der ausländischen Investitionen von rein ausländischen Unternehmen, nimmt relativ und absolut gesehen weiterhin ständig zu und ist dominant geworden. Der Wert der ausländischen Direktinvestitionen betrug in 2005 60,325 Mrd. USD, darunter 42,961 Mrd. USD Investitionen rein ausländischer Herkunft. Ausländische Direktinvestitionen bringen zwar eine Zunahme von Arbeitsplätzen, bedrängen jedoch die Entwicklung nationaler Unternehmen. Ausländische Unternehmen halten Monopolpositionen im Automobilbau, in der Kommunikationsindustrie, kosmetischen Industrie etc. und machen in China riesige Profite.

Wir müssen daher nationale Unternehmensgruppen und eigene transnationale Gesellschaften entwickeln, welche Aktienbeteiligungen, Technologie und Handelsmarken - insbesondere bekannte Markenprodukte - kontrollieren auf der Basis von komparativen und Wettbewerbsvorteilen.

Wir müssen Wert auf eigene Patente legen, sollten damit aus China so bald wie möglich eine Weltfabrik statt der Welt-Weiterverarbeitungsfabrik machen, aus

einer Nation mit großem Handelsvolumen eine starke Handelsnation mit starker eigener Produktion.

Öffnungskonzepte und Wege zur Technologieentwicklung, die vor allem darauf hinauslaufen, ausländisches geistiges Eigentum zu schützen an Stelle der Schaffung von eigenem geistigen Eigentum, nationale Unternehmen in internationalen Unternehmen aufgehen zu lassen anstatt umgekehrt, ausländisches Kapital, Technologie und Handelsmarken ständig zu importieren, positiven Ergebnissen von Forschungs- und Entwicklungsinstitutionen vor allem dann Beachtung zu schenken, wenn diese ihren Ursprung in transnationalen Unternehmen haben, sind unklug und haben negative Auswirkungen. Die Orientierung auf eine Öffnung des Landes in Demutshaltung kommt der kolonialistischen Technologiestrategie der starken Länder entgegen, ist kontraproduktiv für die forcierte Qualifizierung der nationalen Wirtschaft und zugleich auch für die koordinierte Entwicklung von einheimischer und ausländischer Wirtschaft.

*Der Autor dieses Beitrags, Prof. Cheng Enfu (*1950 in Shanghai), ist Präsident der Akademie für Marxismus der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften.*

Nach der englischen Übersetzung von Wang Zhongbao ins Deutsche übertragen von Rolf Jüngermann. Redaktionell bearbeitet.

Erschienen in „Marxistische Blätter“, <http://www.neue-impulse-verlag.de/mbl/artikel/408/354/grundlegende-merkmale-der-sozialistischen-marktwirtschaft.html>

Bingyan Li China unter dem Einfluss des Neoliberalismus

Seit die Ära des sogenannten Neoliberalismus begonnen hat, ist die Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse der allgemeine internationale Trend in den Lohnarbeitsverhältnissen. China bildet da keine Ausnahme. Unter dem Einfluss des Neoliberalismus haben hier in den letzten zehn Jahren die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse die gravierendste Verschlechterung seit der Gründung des Neuen China erfahren.

Gemessen am investierten Kapital in Unternehmen des primären und sekundären Wirtschaftssektors sind heute 52 Prozent der chinesischen Wirtschaft in privatem, 48 Prozent in öffentlichem Eigentum. Die

Privatwirtschaft erzeugt derzeit 63 Prozent des BIP, und dieser Anteil wächst. Nur noch 32 Prozent der Beschäftigten des primären und sekundären Wirtschaftssektors arbeiten in öffentlichen Unternehmen.

Wachsende Kluft bei der Einkommensverteilung

Die hier skizzierten Veränderungen in der Eigentumsstruktur führen notwendigerweise auch zu Veränderungen in der Einkommensverteilung.

Zur Bestimmung der Ungleichverteilung, der Kluft zwischen Reich und Arm, wird international der Gini-Koeffizient verwendet; je näher er an 1 ist, desto größer ist die Ungleichheit; 0,4 gilt dabei als kritische Grenze.

Nach Berechnungen chinesischer Wissenschaftler und wissenschaftlicher Institutionen lag dieser Koeffizient für China 1985 bei 0,25 und stieg auf 0,435 in 1995 und 0,458 in 2000. Die Weltbank gibt ihn für 2004 mit 0,469 an. Die Gini-Koeffizienten einiger Länder werden wie folgt angegeben:

Land	Jahr	Ginikoeffizient
China	2004	0,469
Indien	2004/05	0,368
Indonesien	2002	0,343
Japan	1993	0,249
Korea	1998	0,316
Iran	1998	0,43
Thailand	2002	0,42
Ägypten	1999/2000	0,344
Südafrika	2000	0,578
Kanada	2000	0,326
USA	2000	0,408
Brasilien	2004	0,57
Bulgarien	2003	0,292
Frankreich	2000	0,283
Deutschland	2000	0,283
Italien	2000	0,36
Niederlande	1999	0,309
Russland	2002	0,399
Großbritannien	1999	0,36
Australien	1994	0,352

Diese Zahlen zeigen: der Gini-Koeffizient unseres Landes übertrifft den der meisten Entwicklungsländer einschließlich Indiens, Indonesiens, Koreas, Irans und Ägyptens, er wird nur von wenigen Ländern, wie Brasilien und Südafrika, übertroffen. Er ist auch höher als der entwickelter kapitalistischer Länder wie Frankreich, Deutschland, Großbritannien, den USA und Italien, oder ehemals sozialistischer Länder wie Russland und Bulgarien. Da mag mancher fragen: Worin liegen denn die Vorzüge unseres Sozialismus? Sind wir dem Ziel allgemeinen Wohlstands näher gekommen, oder haben wir uns von ihm nicht immer weiter entfernt?

Nach Angaben des vom United Nations Development Program erstellten „China Human Development Report in 2005“ sind 59 Prozent des Eigentums in unserem Land in der Hand der obersten 20 Prozent der Bevölkerung, während den untersten 20 Prozent lediglich 3 Prozent des Eigentums gehören, das Verhältnis zwischen ihnen ist 21:1. Nach dem „Jahresbericht zur chinesischen Einkommensverteilung“, der von der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission, dem Nationalen Amt für Statistik und der Chinesischen Akademie für Gesellschaftswissenschaften erstellt wird, besitzen die 10 Prozent reicher Familien mit dem höchsten Einkommen 45 Prozent des Eigentums im Lande, während den 10 Prozent der armen Familien mit dem niedrigsten Einkommen lediglich 1,4 Prozent gehören. Das

bedeutet ein Verhältnis zwischen den beiden von 32:1. In den letzten Jahren hat die Regierung bemerkenswerte Anstrengungen zur Umverteilung unternommen, um diesen Widerspruch zu mildern, doch kann sie die Polarisierung zwischen arm und reich nicht grundlegend ändern, da die Einkommensverteilung letztlich vom Eigentum an den Produktionsmitteln abhängt.

Herausbildung einer neuen Kapitalistenklasse

Die rasche Ausbreitung der Privatwirtschaft führt zur Formierung und Entwicklung der mit ihr verbundenen sozialen Gruppe. Von 1995 bis 2005 hat sie sich von 660.000 auf 4,3 Mio. Personen vergrößert, die Zahl ihrer Beschäftigten ist von 8,22 Mio. auf 47,15 Mio. gestiegen, ihr Kapital von 226,2 Mrd. auf 6133,1 Mrd. RMB.

Die entsprechenden Zahlen vor der Sozialistischen Reform von 1956 lauten 160.000 Personen, 2,5 Mio. Beschäftigte, 2,4 Mrd. Kapital. Wenn es damals in China, wie wir sagen, eine Kapitalistenklasse gab, dann müssen wir auch sagen, dass heute eine neue Kapitalistenklasse existiert, während die alte verschwunden ist.

Parallel zur raschen Entwicklung der Privatwirtschaft hat sich auch der politische Status der Kapitalisten verändert. Der Anteil der Mitglieder der KP Chinas unter den chinesischen Kapitalisten betrug 17,1 Prozent im Jahr 1995, 19,9 Prozent in 2000 und 29,9 Prozent in 2001 - und war damit weit höher als der Anteil der Kommunisten unter den Arbeitern und Bauern, obwohl das Parteistatut es damals Kapitalisten noch nicht erlaubt hat, Mitglied der Partei zu werden. Nachdem dies geändert wurde, hat sich der Zahl der KP-Mitglieder unter den chinesischen Kapitalisten weiter erhöht - 2004 lag ihr Anteil bei 33,9 Prozent.

Gravierende Verschlechterung des Status der Arbeiterklasse

Die Arbeiterklasse und die Bauern sind die Hauptkraft beim sozialistischen Aufbau und auch die Hausherren Chinas. Doch unter dem schädlichen Einfluss des Neoliberalismus wurde im letzten Jahrzehnt der größte Teil des staatlichen und Kollektiveigentums privatisiert. Die chinesische Arbeiterklasse wurde pauperisiert, geschwächt und zersplittert. Von Ausnahmen wie den Dörfern

Nanjie und Huaxi abgesehen, die an der Kollektivwirtschaft festgehalten haben, um zu allgemeinem Wohlstand zu kommen, wirtschaften die meisten Bauern für sich und können deshalb auch keine fortgeschrittenen Technologien anwenden. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Wanderarbeiter sind ziemlich schlecht. Nach dem Zusammenbruch des auf staatlicher und kollektiver Wirtschaft basierenden sozialen Sicherungs- und Beschäftigungssystems wurden Probleme des Lebensunterhalts, der Ausbildung, der medizinischen Versorgung, des sicheren Arbeitsplatzes zur Hauptsorge der meisten Chinesen.

Ein Bericht des Soziologischen Instituts der Chinesischen Akademie für Gesellschaftswissenschaften spricht von einer Sozialstruktur Chinas in Form einer fünfstufigen Pyramide mit zehn Klassen. Arbeiter und Bauern, einschließlich entlassener Arbeiter und landloser Bauern, sind dabei ganz unten. Einer Untersuchung über Beschäftigungswünsche zufolge, die auf der Befragung von 4000 Personen in Shanghai beruht, will nur 1 Prozent der Befragten Arbeiter sein. Diese Zahl, in Verbindung mit anderen Informationen, widerspiegelt den dramatischen Abstieg der chinesischen Arbeiterklasse von der herrschenden Klasse und dem Status als Hausherr zum Tiefpunkt der Pyramide.

Und wie die skandalösen Verhältnisse in einigen Ziegeleien beweisen, die ein Reporter des Fernsehens von Henan Mai und Juni 2007 enthüllte, aber auch die Bedingungen, unter denen in vielen Sweatshops und privaten Kohlenminen gearbeitet werden muss, weist der neu entstandene kapitalistische Zweig unserer Volkswirtschaft Züge von Wildheit und Grausamkeit auf, die durchaus an den Frühkapitalismus erinnern.

Aus dem Englischen übersetzt und redaktionell bearbeitet von Hermann Kopp.

Prof. Dr. Bingyan Li ist Direktor des Nanjing Instituts für Ökonomie und lehrt am Verwaltungsinstitut der Provinz Jiangsu und der Zentralen Universität für Finanzen und Wirtschaftswissenschaften in Beijing.

Erschienen in „Marxistische Blätter“, <http://www.neue-impulse-verlag.de/mbl/artikel/408/353/china-unter-dem-einfluss-des-neoliberalismus.html>

Walden Bello

Das Ende einer Affäre?

Hochgeschwindigkeitsindustrialisierung, die Partei und die Landbevölkerung in China

Politische Soziologen haben die Chinesische Revolution manchmal als eine Allianz zwischen der intellektuellen Mittelklasse und der Landbevölkerung beschrieben. In dieser innovativen Revision von Marxistisch-Leninistischer Theorie, hat Mao Zedong die Landbevölkerung, eine Klasse, die von Marx verachtet wurde, zur Hauptkraft seiner antifeudalistischen und antiimperialistischen Revolution transformiert.

Die praktische Übersetzung dieser neuen Formulierung durch die kommunistische Partei, die von revolutionären Intellektuellen dominiert und geführt wurde, ist der Schlüssel zum kommunistischen Triumph von 1949.

Zwischen der Chinesischen kommunistischen Partei (CCP) und der Chinesischen Landbevölkerung gab es jedoch nie eine einfache Beziehung. Sie muss vielmehr als zumultartig beschrieben werden.

Eine zurückweichende Vision

Die Vision, mit der die Kommunisten die Unterstützung von Millionen Landarbeiter gewann – ein Land, in dem das durch die Enteignung von Großgrundbesitzern gewonnenes Land im Besitz von Millionen von Kleinbauern bestellt wird – ist auch das geblieben: eine Vision. Die Transformation der Agrarwirtschaft durch die Partei führte zu einer Zwangsabgabe des überschüssigen Getreides, um Mao's "Industrie Zuerst"-Politik zu erfüllen.

Die Freiheit der Landbevölkerung wurde Mitte der fünfziger Jahre weiter eingeschränkt, als die Produktion kollektiviert wurde. Dann, während des "großen Sprungs" nach vorn von 1958 bis 1961, hat die Partei die Landarbeiter in Kommunen zusammenfasst (über 26000 in ganz China), um die Produktion zu erhöhen und die Überschüsse (oberhalb des Lebensnotwendigen für die Landbevölkerung) noch effektiver zu requirieren. Dieses um Mao's super Industrialisierung zu forcieren.

In ihre fesselnde Mao Biographie: "The Unknown Story" (New York: Random House, 2005) beschreiben Jung Chang und John Halliday die Parteikader, wie sie die Produktion bis ins Detail managen, die Landarbeiter in ihre Dörfer gefangen halten und sie daran hindern ihre eigene Ernte zu stehlen.

Nach dem Desaster dieses sozialen Experiments, bei dem etwa 30 Millionen, hauptsächlich Landarbeiter, verhungerten oder durch Unterernährung starben, hat sich die Gewichtsverteilung in diesem Kampf um die Überschüsse zugunsten der Landbevölkerung verschoben. Die Requirierungsziele wurden niedriger gesetzt, und wie Chang und Halliday beschreiben *"dürften Landarbeiter das Land von der Kommune leasen, und wurden damit effektiv wieder individuelle Bauern. Das führte zu einer Verringerung der Hungersnot und erhöhte die Motivation zur Produktionssteigerung"*.

Die Landbevölkerung und die große proletarische Kulturrevolution

Unter Spezialisten ist der Effekt des nächsten großen Ereignisses – die Kulturrevolution – auf die Landbevölkerung umstritten. Für Chen Guidi und Wu Chantao, die Autoren des Buchs "Will the boat sink the water" (New York: Public Affairs, 2006), eine mitfühlende Zeitgeschichte der Leiden der Landbevölkerung unter der Herrschaft der Partei, war die Kulturrevolution ein "Desaster" für die Landbevölkerung. *"Ein Landarbeiter wurde verdächtigt den 'kapitalistischen Weg' zu gehen, wenn sein Haushalt zwei Hühner und eine wenig Gemüse für den Wochenmarkt hätte"*. Im Gegensatz dazu, brachte laut Roderick MacFarquhar und Michael Schoenhals die Kulturrevolution, die ernsthaft erst 1968 begann, eine Entlastung für die Landbevölkerung. Mit der Selbstzerstörung der Partei, die stattfand, als Mao "Kapitalistische Weggefährten" eliminierte, die er auf allen Ebenen der Partei versteckt sah, wurde die Fähigkeit der Verantwortlichen, Getreide zu requirieren, vermindert. So wie sie es in ihre Magister Arbeit "Mao's Last Revolution" (Cambridge: Harvard University Press, 2006) beschreiben:

"In Ruhe gelassen zu werden war das, was die Landbevölkerung insgeheim sich wünschte, und wenn die Steuereintreiber des Staats nicht rechtzeitig mit der Staatsmacht erschienen, weil sie in ihre eigenen Streitigkeiten verstrickt waren, war die Landbevölkerung zufrieden. In Teilen des ländlichen China wurde diese ungewollte Begleiterscheinung eines nicht mehr funktionierenden Staatsapparats als große Neuigkeit ausgerufen. Im Seshong Bezirk von Sichun

wurde der Landbevölkerung erzählt: 'die Kulturrevolution bedeutet keine Ablieferung von Ernten an den Staat'".

Zerrissen durch interne Streitigkeiten konnte die Partei und die Regierung nicht mehr die Erntesteuern rechtzeitig oder vollständig eintreiben. Es ist sogar so dass *"in zwei Unterprovinzen von Jiangsu – Suzhou und Zhenjiang – Erntesteuern in Höhe von 200 Million jin (100 Million Kilogramm) Getreide einfach nie erhoben wurden. Diese Situation war ähnlich wie in den Unterprovinzen Enshi und Xiangyang von Hubei wo Steuern in Höhe von 60 Millionen jin nicht eingesammelt wurden"*.

Es ist daher nicht überraschend, dass die Produktion während der Kulturrevolution – von 214 Millionen Tonnen in 1966 bis auf 286 Millionen Tonnen in 1976 – gestiegen ist. Wegen der Störungen beim Eintreiben und Transport nutzte die zusätzliche Produktion nicht den Städten, sondern wurde von den ländlichen Haushalten absorbiert. Aber es ist nicht nur zusätzliche Produktion, die als Konsequenz der Lockerung der eisernen Faust der Partei entstand. Während der Jahre der Kulturrevolution entstand eine *"Wiedergeburt der auf einzelne Haushalte basierende Landwirtschaft, was von der Landbevölkerung bevorzugt wurde"*. In der Jinbin Präfektur von Sichuan wurden bereits 1969 durch 8.344 von 49.349 Produktionsteams die Felder an einzelnen Haushalte umverteilt und die Produktion an einzelne Haushalte in Unterauftrag vergeben, um so *"die Beschlagnahme der kollektiven Wirtschaft durch private Interessen"* zu ermöglichen.

Das goldene Zeitalter

Die Änderung des Machtgleichgewichts zugunsten der Bauernschaft schien mit der Reform gefestigt, die Deng Xiaoping nach dem Tod von Mao im Jahr 1976 einleitete. Die Bauern wollten ein Ende der Kommunen und Deng und seine Reformer entsprachen dem durch die Einführung des „Systems der Verantwortung über Haushaltsvertrag“. Unter diesem Verfahren wurde jedem Haushalt ein Stück Land zum Bestellen gegeben. Von dem, was produziert wurde, durfte der Haushalt behalten, was übrig blieb, nachdem ein fester Anteil zu staatlich

festgelegtem Preis verkauft war oder eine Steuer in bar bezahlt war. Der Rest durfte verbraucht oder am Markt verkauft werden. Es besteht Einmütigkeit unter Chinaspezialisten, dass dies die goldenen Jahre für die Bauernschaft waren. Ein Gefühl großer Erwartung wurde von Chen Guidi und Wu Chuntao in ihrem Bericht über landwirtschaftliche Konflikte in der Provinz Anhui hervorgerufen:

„Als die Kulturrevolution schließlich nach Maos Tod im Jahr 1976 zu einem Ende kam, wurde das System des Haushaltsvertrags in der Provinz Anhui erprobt und zeigte sich als großer Erfolg. Die Lethargie der vorangehenden Jahre war weg. Man konnte häufig drei Generationen einer Familie gemeinsam unter diesen Verträgen arbeiten sehen, in der Erwartung eines besseren Lebens. Die Reform ergab ein nachhaltiges Wachstum des Prokopfeinkommens von 15 % für die Jahre 1978 bis 1984. Es waren die Jahre der Erholung“. Die Landreform wurde als „Urknall“-Reform charakterisiert, da ihre Folgen in der gesamten Wirtschaft zu spüren waren. Der Überschuss, der durch die Reform erzeugt wurde,“ bemerkt Minxin Pei in „China's Trapped Transition: The Limits of Developmental Autocracy“ (Cambridge; Harvard University Press, 2006) *„erlaubte ländlichen Regierungen, in neue produzierende Gewerbe zu investieren, die schließlich zu einer kritischen Quelle öffentlicher Finanzen wurden.“*

Nach dem Studium der wirtschaftlichen Transformation Taiwans kann man sich nur wundern über die Ähnlichkeiten zwischen der Periode 1978-1984 in der VRCh und den 50er Jahren in Taiwan, als eine radikale Landreform frühere Pächter zu einer erfolgreichen Landbesitzer- und -bestellerklasse machte, deren Nachfrage nach Landwirtschaftsgeräten und anderen Produkten der Insel einen Impuls für eine frühe importsubstituierende Industrialisierung erzeugte und aufrecht erhielt.

Der große Umschwung

Aber wie in Taiwan kam das goldene Zeitalter der Bauernschaft zu einem Ende – und der Grund war der gleiche: Die Übernahme einer Strategie der städtischen exportorientierten Industrialisierung, gegründet auf einer schnellen Integration in die globale kapitalistische Wirtschaft. Diese Strategie, die beim 12. Nationalen Parteikongress 1984 eingeleitet wurde, war im Wesentlichen eine, die die städtische industrielle Wirtschaft auf „dem Rücken der Bauern“ aufbaute, wie Chen und Wu es formulierten. Primitive Kapitalbeschaffung nahm die Form von Beschlagnahmung des bäuerlichen Überschusses durch hohe Besteuerung an. Und wie im „großen Sprung vorwärts“ spielte die Parteiorganisation auf dem Land in der neuen Strategie die Rolle des Aufse-

hers. Die Folgen dieser auf industrielle Entwicklung gerichteten Strategie waren deutlich. Die Wachstumsrate des bäuerlichen Einkommens, die von 1978 bis 1984 15,8% jährlich betrug, fiel auf 2,8% jährlich von 1986 bis 1991. Eine Erholung gab es in den frühen 90ern, aber eine Stagnation des ländlichen Einkommens markierte den späteren Teil der Dekade. Im Gegensatz dazu lag das städtische Einkommen, das schon in den mittleren 80ern höher als das der Bauern war, im Jahr 2000 im Durchschnitt beim Sechsfachen des Einkommens der Bauern. Die entscheidenden Gründe für die Stagnation des ländlichen Einkommens war der Anstieg der Kosten der notwendigen Investitionen, fallende Preise der Landwirtschaftsprodukte, steigende Steuern, die sich alle zum Transfer von Einkommen vom Land in die Stadt auswirkten. Aber der wichtigste Mechanismus des Abzugs von Überschüssen der Bauernschaft war eine erweiterte Besteuerung. Steuern auf 149 Arten landwirtschaftlicher Produkte wurden 1991 den Bauern durch zentralstaatliche Stellen auferlegt, aber das war nur ein Teil eines viel größeren Eingriffs, da untere Regierungsebenen ihre eigenen Steuern und Gebühren erhoben. Derzeitig erheben verschiedenen Ebenen der ländlichen Regierungen insgesamt 269 Steuerarten neben allen möglichen oft willkürlichen Verwaltungsgebühren.

Während Steuern und Gebühren nicht 5% des Einkommens der Bauern überschreiten sollten, war die wirkliche Höhe wahrscheinlich viel höher, da einige Untersuchungen des Landwirtschaftsministeriums berichten, dass die bäuerliche Steuerlast das Dreifache der offiziellen Grenze, oder 15% betrug. Die Ausweitung der Besteuerung wäre vielleicht tragbar gewesen, wenn die Bauern dafür verbesserte öffentliche Gesundheits-, Bildungs- und landwirtschaftliche Infrastruktur bekommen hätten. Bei fehlenden spürbaren Vorteilen, sahen die Bauern, wie ihr Einkommen, wie es Chen und Wu beschreiben, *„ein ungeheures Wachstum der Bürokratie und wuchernde Zunahme von Beamten“* förderte, die keine andere Funktion hatten als sie mehr und mehr auszusaugen.

Zusätzlich dazu, dass sie höheren Preisen für Investitionen, niedrigeren Preisen für ihre Waren und intensiverer Besteuerung unterworfen waren, trugen die Bauern auf andere Weise die Hauptlast der Ausrichtung der Wirtschaftsstrategie auf städtische Industrialisierung. Laut *Balance Sheet (Center for Strategic and International Studies and the Institute of International Economics: Washington, DC, 2006)*, *„40 Mio Bauern wurden von ihrem Land vertrieben, um Platz zu schaffen für Straßen, Flughäfen, Dämme, Fabriken und andere öffentliche und private Investitionen und weitere zwei Mio werden jährlich umgesiedelt.“*

Die Bedrohung der Handelsliberalisierung.

Die Auswirkungen aller dieser Kräfte mögen in den Hintergrund treten angesichts der Verpflichtungen Chinas, landwirtschaftliche Quoten abzuschaffen und Zölle zu reduzieren, wenn sie der Welthandelsorganisation (WTO) beitreten. Diese Verpflichtungen wären, wie *„China: the Balance Sheet“* unterstreicht, erheblich: *„Die Herausforderung, den Landwirtschaftssektor zu managen ist mit Chinas WTO-Verpflichtungen in der Landwirtschaft gewachsen, die weitreichender sind als die anderer Entwicklungsländer und in gewisser Hinsicht über die von Ländern mit hohem Einkommen hinausgehen. Die chinesische Regierung stimmte der Zollreduzierung und der Einführung anderer Politiken zur bedeutenden Erleichterung des Marktzugangs zu; sie akzeptierte enge Beschränkungen für die Anwendung landwirtschaftlicher Subventionen; und verpflichtete sich, alle landwirtschaftlichen Exportsubventionen abzuschaffen – Verpflichtungen, die weit über die hinausgehen, die andere Teilnehmer der Uruguay-Runde in den Verhandlungen, die zur Schaffung der WTO führten, eingegangen waren.“*

Dieses WTO-Geschäft spiegelt Chinas derzeitige Prioritäten wieder. Wenn die Parteiführung bereit ist, große Bereiche der Landwirtschaft, wie Soja und Baumwolle, aufs Spiel zu setzen, so darum, weil die Partei den Welthandel für ihre Industrieprodukte öffnen oder offen halten will. Die sozialen Folgen dieses Deals werden erst noch voll spürbar werden, aber es ist wahrscheinlich, dass er zur dramatischen Verlangsamung bei der Armutsreduktion in der Periode von 2000 bis 2004 beigetragen hat.

Die neuen Herren

Korruption unter Parteikadern, die sich im Klima der Nach-Mao-Ära (Parole *„reich werden ist großartig“*) vervielfachte, war Öl auf das schon brisante Verhältnis zwischen Bauern und der Partei. Man sah, wie lokale Parteifunktionäre Mafiaelemente unterstützten und hätschelten, viele von ihnen selbst Parteigenossen –; es wuchs der Ärger der Bauern über Leute, die sie jetzt wohl als ihre neuen Feudalherren betrachteten. Chan und Wus Buch ist eine bedrückende Chronik dieser Transformation der Partei von engagierten und respektierten Kadern zu einer ländlichen, die Bauern knechtenden Herrscherklasse. Es lohnt sich, ihre Beschreibung, wie diese Klasse eines ihrer „Privilegien“ ausübt, wiederzugeben: *„Tatsächlich ist die weite Landschaft Chinas zu einem Gourmetparadies geworden. Wie eine Heuschreckenwolke fallen Funktionäre mit ihrem Appetit im Gepäck auf das ländliche Gebiet herab und sind unendlich*

erfinderisch in ihren Ausreden zu essen und zu trinken: Dinners für Inspektoren, für Konferenzen, für ländliche Armutsbekämpfung; diniere, wenn du es dir leisten kannst und, wenn du es nicht kannst; diniere auf Kredit, auf Gutschrift. Lass das Dinner von einem Ende des Jahres zum anderen laufen, von einem Ende des Monats zum anderen, vom Morgen bis in die Nacht, genieße Dinners wenn du ein Amt antrittst und wenn du es verlässt.

Ein populärer Spruch über Essen und Trinken auf öffentliche Kosten lautet „Es bringt nichts, nicht zu essen, wo es frei ist; also, warum nicht essen?“ Kostenlos zu essen wurde zum Statussymbol, ein Statussymbol. Die Qualität der Malzeit kann bestimmen, ob ein Projekt genehmigt, ein Handel abgeschlossen wird oder eine Beförderung in der Mache ist. Es wurde Teil der politischen Kultur.“

Bei der Überhandnahme dieser Praktiken ist es nicht erstaunlich, dass Proteste sich vielfältigen. Von 8700 „Massenereignissen“, wie es das Ministerium für öffentliche Sicherheit nennt, im Jahr 1993 wuchs die Zahl auf 87000 im Jahr 2005, die meisten auf dem Land. Darüber hinaus wuchs der Umfang der Ereignisse von im Mittel zehn oder weniger Menschen in den mittleren 90ern auf 52 pro Ereignis im Jahr 2004. Ein verbreiteter Protest ist Steuerverweigerung. Minxin Pei von *Carnegie Endowment for International Peace* behauptet, dass in Xinjiang im Jahr 2001 Steuerverweigerung in 40 % der untersuchten Dörfer üblich war. Nach derselben Untersuchung empfanden es 70% der Dorffunktionäre als die schwerste Aufgabe, Gebühren einzuziehen. Es war üblich, Polizei einzusetzen, um die Bauern zum Zahlen zu zwingen, so beschreiben es Chen und Wu. Und in vielen Gegenden rekrutierten Parteifunktionäre „Schläger als ihre Eintreibbeaganten. Solche Praxis führte zu illegalen Gefangennahmen, Folterungen und dem Tod von Bauern, die nicht zahlen konnten.“

Kann die KPC das Vertrauen der Bauern wiedergewinnen?

Die Beziehung zwischen Partei und Bauernschaft sind heute vielleicht am Tiefpunkt. In den turbulenten 75 Jahre alten Beziehungen ist es der Partei immer wieder gelungen, das Vertrauen der Bauern nach verheerenden Politiken, wie dem großen Sprung nach vorn und der Kulturrevolution, zurück zu gewinnen. Ist sie flexibel genug, das wieder zu erreichen?

In Anwendung der alten Tradition, sich an das kaiserliche Zentrum zu wenden, um die

Verwüstungen der lokalen Herrscher zu zügeln, haben Bauern Delegationen nach Peking geschickt, um Beschwerden gegen lokale Autoritäten zu führen. Aber positive Reaktionen der Zentrale in Form von Anklagen korrupter Kader und Abstellen von Missbrauch und korrupter Kader sind wechselhaft und inkonsistent. Wie Chen und Wu in ihrem Bericht deutlich machen, gibt es Leute in der Partei, die sich für die Bauern interessieren und sich derer Anliegen annehmen. Das Problem ist, dass Trägheit, Korruption, Bürokratie und Indifferenz eine ernsthafte interne Parteireform behindern.

Gibt es Möglichkeiten einer ideologischen Erneuerung, die das alte Verhältnis wieder beleben könnte?

Mit dem Abwerfen der sozialistischen Vision – obwohl die sozialistische Rhetorik beibehalten wurde – musste die Partei eine alternative Ideologie für die Ära rascher kapitalistischer Entwicklung konstruieren. Die hat sie in einer Vision gefunden, die Dennis Lynch in seinem Buch *Rising China and Asian Democratization* (Stanford: Stanford University Press, 2006) beschreibt:

„KPCh-geführte Rückkehr zur nationalen Größe“ durch Erlangung „umfassender nationaler Macht“ und einer „Neuausrichtung auf chinesische Zivilisation.“ Die neue wachsende städtische Mittelklasse, die von der exportorientierten, stadtzentrierten Entwicklung der letzten zwei Dekaden profitiert hat, war sicher für diese Vision empfänglich.

Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass diese Ideologie für die Bauern, Wanderarbeiter und gekündigten Arbeiter staatseigener Betriebe sehr attraktiv erscheint, die die Kosten der raschen Industrialisierung Chinas zu tragen hatten.

Was ist mit den hochgepriesenen dörflichen Wahlen? Nicht einmal die strengsten Kritiker Chinas können leugnen, dass in den dörflichen Wahlen, die 1980 eingeführt wurden, ein stark wachsendes Element des Wettbewerbs besteht. Die Rolle, die die ländliche Demokratisierung, so beschränkt sie derzeit auch sein mag, bei der Wiederbelebung des Verhältnisses zwischen Partei und Bauern spielen kann, darf nicht unterschätzt werden.

Doch obwohl Wahlen der Landbevölkerung ein gewisses Maß an Kontrolle über die lokale Regierung erlaubt, wurden sie zu oft durch Partei und Regierungsbeamte manipuliert. Außerdem hat die KPCh Wahlen oberhalb der Dorfebene blockiert, sodass die Partei weiter die Stellen der Stadt- und Länderebene mit ihren Kadern besetzen kann.

Auf der Suche nach einem Ausweg aus der derzeitigen Sackgasse zitieren Chen und Wu die Ansicht eines prominenten landwirtschaftlichen Spezialisten Yu Jianrong vom Landwirtschaftsforschungszentrum an der chinesischen Zentraluniversität: „Yus Lösung ist, die Bauern zu sammeln, um eine eigene Organisation zu bilden und die gegenwärtige lokale Bürokratie durch ländliche Selbstverwaltung zu ersetzen. Yu schlägt vor, dass nur ein Netz von bäuerlichen Organisationen wirklich die Interessen und Bedürfnisse repräsentieren und sie ordentlich vermitteln könne und Konfrontationen und Konflikte vermeiden und verbessern könne.“

Yus Lösung mag utopisch klingen, aber sie gibt die wirklich düsteren Aussichten dazu wieder, wie die Beziehungen zwischen Partei und Bauernschaft verbessert werden können. Dies zieht einen Schleier der Ungewissheit über die Zukunft Chinas, trotz der zweistelligen Zuwachsraten des Landes.

Es ist eine der größten Ironien zeitgenössischer Geschichte, dass die chinesische kommunistische Partei, nachdem sie das chinesische Volk zum Sieg über den Imperialismus geführt hat und ein zweifellos ein wirtschaftliches Wunder ermöglicht hat, sich nun dem entfremdet gegenüber sieht, was ihre primäre und möglicherweise wichtigste Anhängerschaft war, und das dank der Folgen der strategischen Entscheidung, das Risiko des Kapitalismus einzugehen und gleichzeitig die autoritäre Kontrolle aufrecht zu erhalten. Wenige Analysten sehen die bäuerliche Unzufriedenheit als ernste Herausforderung für die Herrschaft der Partei in der nahen oder mittleren Zukunft. Aber der Mangel an Legitimität gegenüber einem großen Teil der Bevölkerung kann schließlich nur verhängnisvolle Folgen haben.

<http://focusweb.org/the-end-of-the-affair-high-speed-industrialization-the-party-and-the-peasantry-in.html?Itemid=94>

Freitag 23. Februar 2007

Walden Bello ist Professor für Soziologie an der Universität der Philippinen und leitender Direktor des Bangkok Institut „Focus on Global South“. Dieser Aufsatz wurde ursprünglich für das Nautilus Institute for Security and Sustainable Development verfasst.

Übersetzung: Homi KUTAR., Bernd Lampe, koordiniert und SiG-Redaktion

Die Wiedererfindung von Geschlechterungleichheiten im roten Neoliberalismus

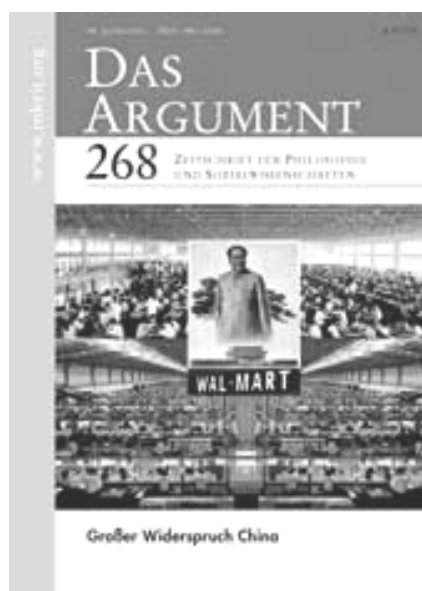
Die chinesische Transformation zum neoliberalen Kapitalismus ist kein geschlechtsneutraler Vorgang. Sie geht mit einer komplexen sozialen Differenzierung und Neukonstruktion sozialer Institutionen und Klassen einher. Dabei setzen sich im Prozess der Entstaatlichung der Ökonomie, der Markt- und Handelsliberalisierung und der Integration in den Weltmarkt globale Muster von Arbeitsregimen und Geschlechterrollen durch, die Geschlechterunterschiede erneut betonen. Im folgenden wird analysiert, wie der Systembruch sich über einen Bruch mit der sozialistischen Politik der Geschlechtergleichstellung vermittelt. Dabei wird die zuvor erreichte „sozialistische“ Geschlechteregalität ausgehöhlt und gleichzeitig entstehen neue Diskriminierungen und neue Emanzipationschancen für Frauen.

Die Hälfte des Himmels... und wieviel auf Erden?

Mit Maos Diktum „Was immer Männer leisten können, können Frauen genauso gut leisten“ stellte sich die pro-aktive Gleichstellungspolitik in den Dienst der kommunistischen Revolution als Befreiung von feudaler Vergesellschaftung und konfuzianischer Tradition. Während in den Städten erhebliche Gleichstellungsfortschritte erzielt wurden, vermochte der „Staatsfeminismus“ auf dem Land das konfuzianische Patriarchat und die Geringbewertung des weiblichen Geschlechts nur mühsam aufzubrechen. Der fatale Widerspruch der chinesischen Geschlechter- und Familienpolitik lag in der Gleichzeitigkeit von emanzipatorischen und Zwangsmaßnahmen. Die Entsexualisierung bzw. Zwangsmaskulinisierung von Weiblichkeit in der Kulturrevolution und das demographische Zwangsregime der Ein-Kind-Familie in den Städten ging mit der „gleichwertigen“ Integration von Frauen in den Produktionsprozess einher. Mit den *Danweis*, den Arbeitseinheiten, wurde in den Städten Voraussetzungen geschaffen, herkömmliche Geschlechterverhältnisse zu verändern.

Der Bruch mit der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung gelang jedoch nur bedingt und asymmetrisch. So wurden Frauenbataillone in der Stahlindustrie, auf Werften und im Bergbau gebildet – bis zu 20 % der Belegschaft –, aber die Arbeit in den Kindergärten der *Danweis* blieb ein weibliches Monopol. Die relativ hohen Beschäftigungsraten von Frauen auch in männerdominier-

ten Betrieben erklärte sich durch ihre Zuständigkeit für die drei K, die betrieblich organisierte Versorgungsarbeit: Kindergarten, Klinik, Kantine. Die Familien- und Sorgearbeit, die nicht vom Kollektiv übernommen wurde, blieb in den Privathaushalten weiterhin Frauenaufgabe. Auch die vielfach erhobene Forderung der Gleichbewertung von Arbeit wurde nur annähernd umgesetzt. Die politische Fokussierung auf die Produktion reduzierte Frauenemanzipation stark auf Erwerbsarbeit. Allein schon der nahezu kontinuierliche Ausschluss von Frauen aus der offiziellen politischen Führung und Parteispitze zeigte dagegen die Halbherzigkeit des Unterfangens, die Machtkoordinaten zwischen den Geschlechtern zu verschieben.



Wende zum Markt

Allgemein bestand die Erwartung, dass die Marktorientierung, die mit Modernisierung und Enttraditionalisierung konnotiert wird, Frauen neue Emanzipationschancen bieten würde. Tatsächlich aber übersetzte sich die ökonomische Wende in eine wachsende Geschlechterungleichheit (World Bank 2002, Lau/Liu/Zhang 1999). Seit Ende der 1980er Jahre setzten sich mit der Liberalisierung und Privatisierung unter den neuen ökonomischen Imperativen von Wachstum und Wettbewerb Markttendenzen durch, die die erzielten Gleichstellungserfolge umkehrten.

- Überproportional viele Frauen wurden aus den staatseigenen Unternehmen entlas-

sen: Frauen stellten 40 Prozent der Arbeitskräfte, aber 60 Prozent der Entlassenen. Teilweise wurden Frauen mit „go-home“-Parolen aus der Produktion desintegriert und frühverrentet.

- Auf den neuen Erwerbs- und Beschäftigungsmärkten entstand eine starke Geschlechtssegmentierung. Es kam zu einer polarisierten Neubewertung von Arbeit auf den Erwerbsmärkten, aber auch zwischen Erwerbs- und Sorgearbeit.

- Frauen hatten weniger Chancen bei Umschulung und Wiederbeschäftigung. Obwohl die Universitätsabschlüsse von Frauen häufig besser sind als die von Männern, haben sie geringere Beschäftigungschancen.

- Die Einkommensungleichheit zwischen Männern und Frauen vergrößert sich. Zwischen 1990 und 1999 wuchs sie in den Städten um 7, auf dem Land um 5 Prozentpunkte (Beijing Today 17.9.04). UNDP beziffert den geschlechtsspezifischen Lohnunterschied auf 66:100 (2005:358).

- Altersdiskriminierung wird durch häufige Frühverrentung bei den Staatsbetrieben und durch das frühere Rentenalter von Frauen (50 Jahre für Arbeiterinnen, 55 Angestellte) zu einer bedeutenden Determinante für Frauen auf den Erwerbsmärkten. Der Frauenanteil an der Beschäftigung sinkt de facto ab 40 Jahren stark ab, diese Alterszäsur liegt bei männlichen Beschäftigten erst ab 50 Jahren.

- Durch die Entkollektivierung der sozialen Reproduktion wird Sorgearbeit in die privaten Haushalte zurückverwiesen und es findet ein (partieller) Rückschritt zur traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung statt (Croll 1999).

- Der Rückbau öffentlicher Grundversorgung und sozialer Leistungen trifft Frauen stark. Wo z.B. öffentliche Kindergärten aus Spargründen geschlossen werden und Frauen wieder verantwortlich für die Kinderbetreuung sind, erschwert dies eine Neubeschäftigung oder die klassische Doppelbelastung entsteht.

Gleichzeitig findet ein sozio-kultureller Pendelschlag gegen die sozialistische Geschlechteregalisation statt: traditionelle Geschlechterstereotypen leben auf, Weiblichkeit wird in hohem Maße resexualisiert. Zwar hält der Staat an seiner Ideologie der Chancengleichheit fest. Den neuen Marktentwicklungen, die Geschlechterdifferenzen wiederentdecken, nutzen und gleichzeitig verstärken, steuert die Politik jedoch nicht mit Anti-Diskriminierungsmaßnahmen und pro-aktiver Umsetzung von Rechtsgleich-

heit entgegen. Die chinesische Führung steht in einem Dilemma zwischen der angestrebten Wettbewerbsfähigkeit Chinas auf dem Weltmarkt und hohen Wachstumsraten einerseits und sozialistischen Politikzielen von Gleichheit, Frauenrechten und des Wohlstands für alle andererseits. Insgesamt stellt sich auf den neuen Arbeitsmärkten die Frage, inwieweit die Regierung willens und in der Lage ist manchesterkapitalistische Strukturen zu regulieren? Bisher hat sie Arbeitsrechte, Kernarbeitsnormen und Mindeststandards nicht durchgesetzt und dem offensichtlichen Primat von Wachstum und Produktivitätssteigerung geopfert.

Geschlechtsdifferenzierung als komparativer Vorteil

Welche Chancen und welche Zwänge ergeben sich für Frauen durch Markt- und Handelsliberalisierung und Privatisierung? Wie sind sie in die Wachstums- und Wettbewerbsstrategien eingebunden, und wie profitieren sie davon? Die frühere Geschlechteregalität setzt sich trotz der Entlassung aus Staatsbetrieben und der Rückverweisung von Frauen in die Familienrolle fort, nämlich 1) in einer hohen weiblichen Erwerbsbeteiligung von 72 %, 2) in der Qualifikation von Frauen und häufigeren Beschäftigung in männlich definierten Sektoren als in westlichen Ländern und 3) ihrer relativ starken Präsenz auf der Führungsebene. Sowohl im Management privater Firmen als auch auf den Führungsetagen staatlicher Unternehmen hat eine größere Zahl von Frauen die Glasdecke durchstoßen als in Westeuropa. Nach Angaben des chinesischen Unternehmerinnenverbandes leiten Frauen 40% der Privatunternehmen (taz 5.10.04). Gute Chancen haben professionelle Frauen auch bei ausländischen Konzernen, z.B. bei Banken und Versicherungen. Trotzdem gilt auch in China in allen Unternehmensformen: je höher die Position und die Gehaltsebene, desto männerdominierter. Karriere ist für Frauen schwieriger als für Männer.

Wie in anderen Entwicklungsländern begann die Weltmarktintegration in den 1980er Jahren mit einer arbeitsintensiven Exportindustrialisierung, vor allem im Textil-, Spielzeug- und Elektroniksektor. Investitionen und Exportproduktion konzentrierten sich zunächst auf die billigen, gefügigen weiblichen Surplus-Arbeitskräfte als Standortvorteil. Bis heute basieren die zweistelligen Wachstumsraten in den Sonderwirtschaftszonen an der Küste zu einem großen Teil auf niedrigentlohnter, fingerfertiger Frauenarbeit und damit auf der Nutzung des Geschlechterunterschieds bzw. der Lohndiskriminierung von Frauen als komparativem Vorteil. (vgl. auch Seguino 2000, Wichterich 1998, 2003, Lin 2000:5). „Kapi-

talistische Produktion in Shenzen beruht auf Gender als einem Konstituens zur Entwicklung eines neuen Systems von Arbeitsplatzhierarchie,“ fasst Pun Ngai, eine Soziologin, die selbst in der Elektronikindustrie in Shenzen arbeitete, ihre Forschungen zur „wieder-erfundenen und regulierten Weiblichkeit der Arbeitskräfte“ in der Industrie zusammen (1999:18). Die meisten sind Migrantinnen aus verschiedenen Provinzen, „bäuerliche Arbeiterinnen“, die durch Rücküberweisungen die Einkommen armer dörflicher Haushalte verbessern. Sie werden mit dem gleichzeitig verniedlichenden und abwertenden Begriff *Dagongmei*, working girls, benannt. *Dagongmei* ist ein sexualisierter Gegenbegriff zum entsexualisierten Arbeiter - *Gongren* – der Mao-Ära. (Pun 1999)

Private wie auch staatliche Unternehmen versuchen durch Lohndruck und Externalisierung sozialer und ökologischer Kosten ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Leicht qualifizier- und disziplinierbare Mädchen ab 12 Jahre werden in den Dörfern von Parteikadern oder privaten Arbeitsvermittlern rekruiert. Die Sonderwirtschaftszonen vollzogen die allgemeinen Lohnerhöhungen der letzten Jahre nicht mit, sodass die Monatslöhne seit mehr als zehn Jahren trotz stark gestiegener Lebenshaltungskosten bei ca. 50 US Euro liegen. Trotz gesetzlicher Regularien werden sie zu Überstunden genötigt, die häufig un- oder unterbezahlt bleiben, während Arbeitszeitlisten und Lohnkarten gefälscht werden (Südwind 2005:23ff). Der Druck zu Effizienz- und Produktivitätssteigerung an 12- bis 14-Studentagen bei mangelndem Arbeitsschutz schlägt sich in einer extrem hohen Unfallquote nieder, bei den Fließbandarbeiterinnen vor allem von Maschinen weggestanzte Finger oder Hände. Nach wenigen Jahren intensivster Arbeit tragen die meisten Arbeiterinnen gesundheitliche Schäden davon, werden entlassen oder verlassen die Verschleißindustrien mit einem burn-out-Effekt.

Im Zuge der WTO-Liberalisierung expandiert die arbeitsintensive Exportfertigung weiter. Exemplarisch ist der Textil- und Bekleidungssektor. Chinas Wettbewerbsvorteile liegen in dem vollständigen Produktzyklus, einem zunehmend modernen Maschinenpark und entsprechenden Qualitätssteigerungen in den vergangenen Jahren, vor allem aber in einem Überangebot niedrig entlohnter weiblicher Arbeitskräfte und deren steigender Produktivität bei einer enormen *economy of scale*. Die Stundenlöhne chinesischer Bekleidungsarbeiterinnen liegen etwas höher als die ihrer Kolleginnen in Bangladesch, Indonesien, Vietnam, Kambodscha, Indien und Pakistan, doch sind die Lohnstückkosten wegen der höheren Produktivität der Chinesinnen niedriger (Feren-

schild/Wick 2004:24). Bereits 2002 machten die Bekleidungs- und Textilexporte ein Fünftel der chinesischen Güterexporte aus (Feren Schild/Wick 2004:23). Nach dem Auslaufen des Welt-Textilabkommens wird davon ausgegangen, dass der Anteil Chinas am Weltexport von Bekleidung von 20 Prozent im Jahr 2004 innerhalb weniger Jahre auf 50 Prozent ansteigen wird. Es wird prognostiziert, dass im Textil-Sektor zusätzliche 3,8 Millionen Jobs entstehen (UNDP u.a. 2003:205). Das Ende des Abkommens führte tatsächlich zu einer neuen Verlagerungswelle von Textilproduktion nach China, bewirkte eine Steigerung der chinesischen Textilexporte um z.B. über 50 Prozent in die EU und eine Senkung der Weltmarktpreise um ein Drittel bis die Hälfte. (China aktuell 2005:27)

Solche Wettbewerbs- und Wachstumserfolge der chinesischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt haben ihren sozial- und umweltpolitischen Preis darin, dass Kernarbeitsnormen, soziale Standards, Anti-Diskriminierungsprinzipien und auch Ressourcenschutz vom Staat weder in staatlichen noch in privatwirtschaftlichen Unternehmen pro-aktiv durchgesetzt werden, sondern ihre Verletzung, damit auch die Diskriminierung von Frauen billigend in Kauf genommen wird. Die Politik hält sich gegenüber den Marktmechanismen zurück, die bestehende soziale Differenzen zur Effizienz- und Gewinnoptimierung nutzen und durch Diskriminierung und Spaltung verstärken.

Eigenverantwortung und Flexibilität

Der zweite Sektor neben den arbeitsintensiven, niedrig entlohnenden Industrien, in dem Frauen Jobgewinne erzielen, sind informelle Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich. Privatunternehmen, aber auch öffentliche Einrichtungen entdecken die Informalisierung von Beschäftigung als Mittel der Kostensenkung. Beispiel Bildungssektor: die Regierung senkte die Kosten, indem sie tausende Lehrkräfte aus dem öffentlichen Dienst entließ und sogleich als Tagelöhner wieder einstellte. Ihr Gehalt richtet sich nach der Anzahl der geleisteten Unterrichtseinheiten, wobei sie ihre Kranken- und Rentenversicherung selbst tragen müssen (Ver.di publik, 5.04).

Staatliche wie private Jobvermittlungsgesellschaften steuern Job suchende Frauen in die Servicemärkte. Trainings- und Wiederbeschäftigungsprogramme sind überwiegend auf informelle Tätigkeiten in Privathaushalten, der Gastronomie und dem Handel sowie auf Unternehmensgründungen ausgerichtet, meist „Ein-Frau-Betriebe“ z.B. in der neu entstandenen Schönheitsindustrie. Auf diese

Weise fungieren diese Agenturen als Zuweisungskanäle in frauentypische Berufsgruppen, aber auch in frauenspezifische Beschäftigungsformen und tragen damit zur Geschlechtssegmentierung des Arbeitsmarktes bei.

Mit Parolen wie „Sei eine selbstermächtigende und selbständige Entlassene“ (Dai 2003:148) werden Frauen zur Eigeninitiative mobilisiert. Ein Einstellungswandel von einer Versorgungshaltung zur Eigenverantwortung wird verlangt. Der Allchinesische Frauenverband setzt damit seinen „4-Selbst-Slogan“ von „Selbst-Respekt, Selbst-Vertrauen, Selbständigkeit, Selbst-Verbesserung“ fort und fordert Frauen auf, die Ursachen für ihre Schwächen und Defizite wie auch die Problemlösungen bei sich selbst zu suchen (Zhang 1995:39).

In den Städten boomt ein sich ausdifferenzierender, hochgradig informalisierter und niedrig entlohnter Markt haushalts- und personennaher Serviceleistungen für entlassene oder frühverrentete Frauen und Migrantinnen. Das Problem der Reprivatisierung sozialer Reproduktionsarbeiten nach dem Zusammenbruch der Danweis lösen mittelständische Familien mit doppel-erwerbstätigen Ehepartnern durch die in der Mao-Zeit als feudalistisch verpönte Beschäftigung von „Dienstmädchen“. Damit ist erstaunlich schnell nach den Emanzipations- und Gleichstellungsfortschritten in der sozialistischen Ära eine soziale Differenzierung zwischen Frauen und eine erneute private Aufteilung von Sorgearbeit unter Frauen entstanden.

Wissenschaftlerinnen betrachten die Informalisierung von Beschäftigung als den wichtigsten Hebel zur Geschlechterdifferenzierung auf den Arbeitsmärkten, zur Vergrößerung von Lohnunterschieden und zur Marginalisierung von Frauen in der Globalisierung schlechthin (Jiang 2004, Wang 2004). Es entsteht eine neue Konnotation von Frauenjobs als prekäre Jobs, vor allem McJobs im Dienstleistungssektor. Die Gewinne an „irregulärer“ Beschäftigung sind äußerst ambivalent für Frauen, weil sie zwar ein Einkommen bringen, das über der absoluten Armutsgrenze liegt (die von der chinesischen Führung bei 25 Cent Tagesverdienst festgelegt wurde), aber keinerlei soziale Sicherheit, denn informell Arbeitende sind nicht in das Sozialversicherungssystem für die städtische Arbeitsbevölkerung einbezogen.

Entgegen der früheren gezielten Gleichheitsorientierung der staatlichen und genossenschaftlichen Unternehmen werden im einheimischen Privatsektor nun geschlechtsspezifische Auswahlkriterien angewendet, mit denen Dienstleistungsfirmen Frauen offen aufgrund ihres Alters oder Aussehens

diskriminieren. Zwar diskutieren die Medien solche Diskriminierungspraktiken, die Politik interveniert jedoch nicht und belehrt die Öffentlichkeit, dass die Unternehmen in der Marktwirtschaft autonom handeln.

Die offiziellen Statistiken blenden die Prostitution als wachsenden Einkommensbereich für Frauen im informellen Dienstleistungssektor vollständig aus. Sie ist jedoch ein integraler Bestandteil des Hotel- und Gastronomiegewerbes und ein regelmäßiger „Begleitservice“ bei Geschäftsverhandlungen und touristischen Reisen. Bordelle sind verboten. Der Straßenstrich entlang der Routen männlicher Migranten und auf den Großbaustellen in den Städten stellt häufig die einzige Verdienstmöglichkeit für erwerbslose, unqualifizierte Frauen dar (Lee 2005: 30). Viele Frauen erwerben mit Prostitution aber auch einen Nebenverdienst, um besondere Haushaltskosten - wie Ausgaben für Medikamente oder die Ausbildung des Kindes - zu decken. Die aktuelle Zahl der Sexarbeiterinnen dürfte um ein Vielfaches höher liegen als die 6 Millionen, die von Behörden für das Jahr 2000 angegeben wurden. Hinzu kommt, dass die Armutsprostitution transnational betrieben wird, d.h. Chinesinnen migrieren nach Burma, Thailand und Vietnam oder werden in dortige Bordelle gehandelt, Russinnen und Nordkoreanerinnen arbeiten in China.

Neue Subjektivitäten

Schiere Not und Verschuldung der Familien sind die wichtigsten Gründe, um vom Land abzuwandern (Chan 2002: 181). Für junge Frauen, die inzwischen die Hälfte der 150 Millionen WanderarbeiterInnen ausmachen, kommt jedoch häufig der Wunsch hinzu, den Beschränkungen der ländlichen, immer noch rigiden konfuzianisch-patriarchalen Lebenswelt zumindest zeitweise zu entkommen. Die Proletarisierung in der Industrie oder die informelle Beschäftigung im Dienstleistungssektor bedeuten nicht nur eine Einkommensverbesserung, sondern werden zudem als sozialer Aufstieg betrachtet. (HKCTU 2004:9) Entsprechend wächst auch die Zahl derjenigen MigrantInnen, die in ihrer Lebensplanung entgegen aller Widerstände einen permanenten Aufenthalt in der Stadt anstreben.

Die Rücküberweisungen der Migrantinnen ins Dorf machen die Frauen erstmals zu bedeutenden Einkommensquellen für ihre Familien und weisen ihnen eine neue Rolle als ökonomische Akteurin und Ernährerin zu. Sie tragen dazu bei, ein neues Selbstwertgefühl und eine selbständige Identität zwischen kapitalistischem Markt und patriarchaler Herkunftskultur aufzubauen (Huang/Yhan 2005:6; Pun 1999; Schmidbauer 2003). Trotz der Desillusionierung in der

industriellen Arbeitswelt und im städtischen Alltag, trotz der Verbitterung über die Disziplinierung und die Diskriminierungen als „Landmädchen“ oder wegen ihrer ethnischen Herkunft, haben die meisten jungen Frauen einen sehr überlebenspragmatischen Umgang mit den sich bietenden Möglichkeiten und Schwierigkeiten. Die meisten sind bereit, Zumutungen und Benachteiligungen hinzunehmen, weil ihnen aufgrund der Armut und Alternativlosigkeit auf dem Land jedes magere Einkommen in der Stadt als Hoffnungsfunkel auf Wohlstandsgewinn und einen Einstieg in den städtischen Konsumkosmos erscheint. Viele Migrantinnen sind aber auch nicht über ihre Rechte informiert und glauben z.B. sie müssten kündigen, wenn sie schwanger werden. Trotzdem entwickeln unter diesen Bedingungen eine „Kultur des Überlebens“. Eine individuelle Strategie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Einkünfte ist das Job-Hopping, ein schneller Arbeitsplatzwechsel auf der ständigen Suche nach besseren Konditionen (Chan 2002: 180ff).

Auf dem Land wird die alte Familienplanungspolitik mit der Parole „weniger Geburten um schnellen Wohlstand zu erreichen“ nun zur Armutsreduktionspolitik erklärt. Gleichzeitig aber sind die chinesischen Metropolen bereits überaltert. In Shanghai, wo schon 18 % der registrierten Bevölkerung (ohne MigrantInnen) älter als 60 Jahre sind, beschloss die Stadtverwaltung im April 2004 eine bevölkerungspolitische Kehrtwende: Paare können nun ein zweites Kind „beantragen“. Befragungen weisen allerdings darauf hin, dass aufgrund der veränderten Lebensbedingungen nur noch wenige Paare einen Zwei-Kinder-Wunsch haben und eine wachsende Zahl - derzeit 12 % - kinderlos bleiben will. Dies zeigt, dass die politische Führung ihren Anspruch der demographischen Machbarkeit und politischen Kontrolle der Fortpflanzung beibehält, während jedoch die Objekte der Kontrolle eine Individualisierung und Subjektivierung mit eigener Lebensplanung entwickeln.

In den Städten - am stärksten ausgeprägt in Shanghai - ist eine Generation junger Karrierefrauen aufgewachsen, die als verhätschelte Einzelkinder im ökonomischen Aufschwung und Wohlstandsboom der städtischen Aufsteiger großgeworden sind. Ausgezeichnet, manchmal sogar im Ausland ausgebildet, konkurrenzfreudig und selbstbewusst versuchen sie durch schnelle Jobwechsel ihr Einkommen ständig zu steigern und entwickeln ein neoliberales individualistisches Effizienzprinzip als Lebensform, das sie als Emanzipation von den sozialen und moralischen Bindungen des alten gleichheitsorientierten Arbeitsregimes und als explizit anti-kollektivistisch definieren.

Politische Reformen und soziale Gleichheit

In den vergangenen Jahren stimmten MigrantInnen erstmalig mit ihren Füßen gegen den auf ihrem Rücken ausgetragenen Unterbietungswettbewerb („race to the bottom“) auf dem Weltmarkt ab. Entgegen allen Prognosen bezüglich eines noch zwei Jahrzehnte anhaltenden Zustroms von Arbeitskräften vom Land meldeten die Exportindustrien in der Küstenregion 2004 einen Mangel an Arbeitskräften sowohl in den arbeitsintensiven Niedriglohnindustrien als auch in den High-Tech-Branchen (World Bank News 26.8.04). Die MigrantInnen begründeten dies mit dem Missverhältnis zwischen den stagnierenden Löhnen bei wachsendem Leistungsdruck und steigenden Lebenshaltungskosten in den Boomregionen.

Die Regierung reagierte mit mehreren arbeitsmarkt- und bevölkerungspolitischen Maßnahmen. Die chinesische Führung äußerte die Absicht, in Zukunft die Einhaltung von Sozialstandards Beachtung zu schenken (Südwind 2005:19). Sie lockerte das *hukou*-System, das Herkunftsprinzip, das Land- und Stadtbevölkerung jeweils nur an ihrem Herkunftsort Anspruch auf öffentliche Versorgung und soziale Sicherheit garantierte. MigrantInnen haben nun Zugang zum städtischen Sozialversicherungssystem, ihre Kinder dürfen in einigen Städten öffentliche Schulen besuchen. Außerdem bemüht sie sich um eine geographische Diversifikation der Industrialisierung und lenkt einheimische wie ausländische Investitionen in andere Regionen und mittelgroße Städte. Dies ist eine Abkehr von dem Prinzip begrenzter Sonderwirtschaftszonen und steuert auf eine Penetration des gesamten Landes mit Investitionen, Verarbeitungsindustrien und Exportproduktion hin. Beim Auf- und Ausbau dieser Industrialisierung spielt der Geschlechterunterschied wieder eine bedeutende Rolle.

Mit diesem neuen Industrialisierungsschub sollen die Beschäftigungs- und Einkommensverluste, die durch die Liberalisierung der Landwirtschaft entsprechend der WTO-Bestimmungen entstehen, zumindest teilweise aufgefangen oder kompensiert werden. Durch Subventionsabbau und erhöhte Importe im landintensiven Anbau von Getreide, Speiseöl, Zucker und Baumwolle verlieren geschätzte 20 Millionen Bauern und Bäuerinnen ihre Lebensgrundlage oder ihren Arbeitsplatz. Seit Anfang der 1990er Jahre vollzog sich eine Feminisierung der Landwirtschaft, weil der Männeranteil durch Migration schrumpfte. In der feminisierten Landwirtschaft dominieren Frauen den Feldbau und die Geflügelzucht, Männer dagegen die Wald- und Fischwirtschaft und die landwirtschaftlichen Dienste (UNDP

u.a. 2003:60). Den Einbußen infolge der Marktöffnung stehen mögliche Beschäftigungsgewinne für Frauen in der arbeitsintensiven Exportproduktion von Obst, Gemüse und Geflügel gegenüber. Sie können die Verluste jedoch nicht aufwiegen. (UNDP et al. 2003:72ff). Deswegen findet insgesamt eine Umstrukturierung der Sektoren mit einer Verschiebung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in die Industrie und mehr noch in den Dienstleistungssektor statt.

Doch auch bei diesen politischen Maßnahmen steht nicht die Einlösung sozialer und wirtschaftlicher Rechte aller StaatsbürgerInnen im Vordergrund, sondern die ökonomische Rationalität der Bereitstellung von Arbeitskräften und der Steuerung der Bevölkerung durch Reduktion von Surplus-Arbeitskräften auf dem Land, die sich zunehmend als soziales Unruhepotential erweisen. Inzwischen ermutigt die Führung zu Mobilität und Arbeitsmigration, sie steuert und reguliert sie, um das Problem wachsender Arbeitslosigkeit zu kanalisieren. All dies gehört zum politischen Instrumentarium der Neustrukturierung der Arbeiterschaft und eines neuen „Arbeitsregimes“ oder wie Lee formuliert „politics of making and unmaking of classes“, bei denen das Geschlecht eine wichtige Rolle spielt. (Lee 2005:6)

Globale Muster, soziale Widersprüche

Chinas Liberalisierung und Aufstieg zum Weltmarktakteur gestaltete sich als ein Prozess der Integration in das System internationaler Arbeitsteilung unter Nutzung komparativer Standortvorteile. Dieser Prozess ging Hand in Hand mit einer Restauration der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung bei gleichzeitiger Re-Akzentuierung von Geschlechterunterschieden, denn Geschlechterdifferenzen und die Diskriminierung von Frauen werden als Standortvorteile genutzt.

Obwohl die Gleichstellungserfolge der sozialistischen Epoche immer noch eine Wirkkraft haben und im öffentlichen Bewusstsein als Glaube an eine prinzipielle Chancengleichheit zementiert sind, setzen der Markt und der zunehmend internationalisierte Wettbewerb dieselben Mechanismen der Auf- und Abwertung, der Geschlechtersegmentierung und der Geschlechtersegregation in Gang wie in jenen Ländern, die niemals Geschlechtergleichheit in dem Maße wie China erreicht hatten. Wachsende Einkommensdisparitäten, Informalisierung der Beschäftigung, arbeitsintensive exportorientierte Niedriglohnsektoren in der Landwirtschaft und Industrie und eine preiswerte Verfügbarkeit sozialer Reproduktionsarbeiten von der Hausarbeit über

die Altenpflege bis zur Prostitution sind höchst funktional für die chinesische Wettbewerbsfähigkeit und tragen zu den Wachstumserfolgen bei. Damit sind neue Geschlechterungleichheiten Folgen der Marktliberalisierung, aber die Reakzentuierung von Geschlechterdifferenzen ist auch Grundlage und Vehikel für Handelsliberalisierung und wirtschaftliches Wachstum.

Im Zuge von Markt- und Handelsliberalisierung verstärken sich für Frauen die gegensätzliche Szenarien von Chancen – Job-, Mobilitäts- und Wohlstandsgewinne – einerseits und Diskriminierungen andererseits. Während somit die soziale Kategorie Geschlecht in den gesellschaftlichen Prozessen als Vehikel sozialer Differenzierung bzw. als Instrument der Diskriminierung von Frauen wirkt, findet gleichzeitig auch eine soziale Differenzierung zwischen Frauen statt, die durch andere soziale Maßstäbe wie Alter, Qualifikation, ethnischer Herkunft oder Klassenherkunft bestimmt wird. Zunehmend verschiebt sich im öffentlichen Diskurs, in dem bisher die Ideologie der Chancengleichheit und tatsächliche Diskriminierungspraktiken in einer meist friedlichen Koexistenz nebeneinander bestanden, hin zu Protesten gegen die wachsenden sozialen Spaltungen und Polarisierungen. „Es ist ironisch und peinlich zugleich“, kommentieren die Soziologen Huang und Zhan, „dass sich mit dem Wachstum der Wirtschaft die Geschlechtergleichheit verringert“ (2005: 18).

Quellen:

- Berliner China-Hefte (2003): Soziale Probleme, Nr.25
- Chan, Anita: (2002): The Culture of Survival. Live of Migrant Workers through the Prism of Private letters of Migrant Workers, in: Link, Perry/Madsen, Richard/ Pickowicz, Paul: Popular China, Boulder, Rowman & Littlefield, 163-188
- Croll, Elizabeth (1986): Chinese Women since Mao, ZED Books, London
- Dies. (1999): Social Welfare Reform: Trends and Tensions, in: The China Quarterly, No.159, 684-699
- Dai, Jinhua (2003): Class and Gender, in: ARENA, China Reflected, Hongkong, 138-152
- Ferenschild, Sabine/Wick, Ingeborg (2004): Globales Spiel um Knopf und Kragen. Das Ende des Welttextilabkommens verschärft soziale Spaltungen, Südwind-texte 14, Siegburg/Neuwied
- Ghose, Ajit K. (2005): Employment in China: recent trends and future challenges, ILO, Employment Strategy Papers 2005/14, Geneva

- HKCTU (2004): Chinese Labour and the WTO, Hong Kong

- Huang, Ping/Zhan, Shaohua (2005): Internal Migration in China, Vortrag bei der Regional Conference on Migration and Development in Asia, 14.-16.3.05 in Lanzhou, IOM, PRC/MFA, DFID

- Iz3w (2004): Chinas neue Freiheit – Reformpolitik in der Kritik, Nr 277, Freiburg

- Jiang, Yongping (2004): Informal employment and gender differentiation on the labor market, Women's Studies Institute, Vortrag beim Internationalen Soziologenkongress, Juli 2004 in Peking

- Jin, Yihong (2002): Entry into the World Trade Organization and Women's Employment: Impact and Countermeasures, NMLA/GTZ

- Kupfer, Kristin (Hg.) (2004): „Sozialer Sprengstoff in China?“ Dimensionen sozialer Herausforderungen in der Volksrepublik, Focus Asien, Schriftenreihe des Asienhauses Nr. 17, Essen

- Lau, Kin Chi/Liu, Meng/Zhang, Lixi (1999): Gender Discourse in China, in: ARENA, Resurgent Patriarchies: Challenges for Women's Movements in Asia, ARENA press, Hong Kong, 101-136

- Lee, Ching Kwan (2005): Livelihood Struggles and Market Reform. (Un)making Chinese Labour after State Socialism, UNRISD, Geneva

- Lin, Justin Yifu (2000): China's Accession to WTO: Impacts on Agriculture and Financial Sector,

www.ccer.edu.cn/workingpaper/paper/e2000009.doc

- Liu, Bohong (2005): The All-China Women's Federation and Women's NGOs, in: Du, Fangqin/Zheng, Xinrong (Eds.): Mapping the Social, Economic and Policy Changes in Chinese Women's Lives, Ewha Womens University Press, Seoul

- Lüthje, Boy (2004): Global Production Networks and Industrial Upgrading in China: The Case of Electronics Contract Manufacturing, East-West-Center, Economics Series No 74

- Pun, Ngai (1999): Becoming Dagongmei (Working Girls): The politics of identity and Difference in Reform China, in: The China Journal, No 42, 1-19

- Dies., (2005): Women Factory Workers in a Global Workplace, Durham, Duke University Press

- Schädler, Monika (2001): Im Angesicht von Arbeitslosigkeit und Depravierung – Gegenwart und Zukunft der chinesischen sozialen Sicherung, in: Schubert, Gunter (Hg.): China: Konturen einer Übergangsgesellschaft auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Institut für Asienkunde, Hamburg, 267-295

- Schmidtbauer, Heike (2003): Living on the Fringes – Urban Experiences of Rural Migrant Women in Reform China, 25.20.2003, 44-57

- Seguino, Stephanie (2000): Gender Inequality and Economic Growth. A Cross-Country Analysis. In: World Development, Vol. 28, No 7, 1211-1230

- Südwind (2005): Nähen für den Weltmarkt. Frauenarbeit in Freien Exportzonen und der Schattenwirtschaft, Siegburg

- UNDP/CICETE/NDRC/UNIFEM (2003): China's Accession to WTO: Challenges for Women in the Agricultural and the Industrial Sectors, Beijing

- UNDP (2005): Bericht über die menschliche Entwicklung, New York/Berlin

- Wang, Jufen (2004): Legal Protection of Women Workers' Employment Rights under Market Oriented Economy, Fudan University (unveröff. Manuskript)

- Wichterich, Christa (1998): Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit, Rowohlt, Hamburg

- Dies. (2002): Femme global. Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral, VSA, Hamburg

- World Bank (2002): China, Country Gender Review, Washington

- Zhang, Naihua/Wu, Xu (1995): Discovering the Positive Within the Negative: The Women's Movement in a Changing China, in: Basu, Amrita (Ed.): The Challenge of Local Feminisms. Women's Movements in Global Perspective, New Delhi, 25-58

Dieser Text ist erschienen in dem SEHR empfehlenswerten ARGUMENT-Heft 268 :Großer Widerspruch China“. 2. Auflage (SiG-Redaktion)



<http://www.lunapark21.net/>

Heft 3 - Herbst 2008

Aus dem Inhalt:

LP21-spezial: Ölkapitalismus und Autogesellschaft

Winfried Wolf • 100 Jahre Öl basierter Kapitalismus

Wolfgang Pomrehn • Peak Oil ist jetzt!

Thomas Fruth • Venezuela: Öl basierter Sozialismus?

Mohssen Massarrat • Iran: Ölreichtum zwischen Segen und Fluch

T. Fritz • Etikettenschwindel: Lulas „goldene Revolution“ des Agrosprits

Lucas Zeise • US-Bankenrettung: Gratulation an Fannie und Freddie

Daniel Behruzi • Kranke Krankenhäuser

Catharina Schmalstieg • Neue gewerkschaftliche Strategien:

Gisela Notz • Prekarisierung trifft vor allem die Frauen

Patrizia Heidegger • Frauenarbeit in Bangladesch

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

54

Energie und Klima

Neues Energieregime; Industrialisierung und CO₂
Agrotreibstoffe contra Ernährungssouveränität;
Klima-Kapitalismus der EU; Solarzeitalter und
Erneuerbare Energien; Mobilitätswahn; 2000-Watt-
Gesellschaft; Grüne und ökologische Politik;
Nachhaltige Natur- und Geschlechterverhältnisse

E. Altvater, P. Niggli, T. Goethe, A. Brunnengräber,
K. Dietz, H. Scheer, H. Guggenbühl, B. Ringger,
S. Wolf, B. Piller, A. Braunwalder, B. Glättli, B. Flieger,
H. Klemisch, A. Biesecker, S. Hofmeister, T. Santarius

Diskussion

U. Brand: Sozial-ökologische Perspektiven
BUKO: Vergesst Kyoto! Die Katastrophe ist da
R. Schäfer: Afrika, Frauen, Nachhaltigkeit
B. Kern: Ökosozialismus oder Barbarei
P. Purtschert: Postkoloniale Diskurse in der Schweiz

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

28. Jg./1. Halbjahr 2008

Fr. 25.- / € 16.-

www.widerspruch.ch